

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 26. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Verzweiflung bei den Beamten.

Eine stürmische Kundgebung von 20000 Unterbeamten.

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft der Besoldungsgruppen 1 bis 6 im Deutschen Beamtenbund...

Als erster Referent sprach Genosse Volkshoffner Schmidt, Eitelin, der in klarer und eindringlicher Weise die Not der Beamten schilderte...

Die Versammlung nahm sodann eine Entschließung einstimmig an, in der es heißt:

„Die Preise der zum Lebensunterhalt notwendigen Waren sind

gestiegen. Der Winter steht unmittelbar bevor. Die Verzweiflung der Beamten der unteren Besoldungsgruppen ist ungeheuerlich...

Korruption und Bestechlichkeit, Veruntreuung usw. sind die unausbleiblichen Folgen. Mit einer solchen von wirtschaftlichen Sorgen zermürbten und zur Verzweiflung getriebenen Beamenschaft kann eine Gesundung des Volksganzen nicht herbeigeführt werden.

Soll diese furchtbare Gefahr der Zerlegung des Beamtenkörpers noch verhindert werden, dann muß schnellstens etwas geschehen, um die Beamten der unteren Besoldungsgruppen von der Verzweiflung über die wirtschaftlichen Sorgen zu befreien...

Zum Schluß erteilte der Vorsitzende dem Abg. Torgler (KPD.) das Wort zu einer Mitteilung. Im Rahmen dieser Mitteilung verfaßte Torgler eine kommunistische Agitationsrede zu halten, was aber vom Vorsitzenden verhindert wurde...

Wahlkampf in Preußen.

Samstag: Provinziallandtag- und Kreistagswahlen.

Am kommenden Sonntag finden in ganz Preußen mit Ausnahme Groß-Berlins, das als besondere Provinz gilt, Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen statt...

Bei der Art des Stimmwahlsystems, das die früher zum Reichstag üblichen Nachwahlen in den einzelnen Reichstagswahlen ausschließt, würden die preussischen Wahlen am Sonntag sowie die politische Bedeutung haben...

Die Wahlfront ist fast überall dieselbe. Die Sozialdemokratie geht selbständig in den Wahlkampf, sie führt ihn nach rechts gegen die bürgerlichen Parteien, in erster Linie gegen die Rechtskoalition...

Ein neues Kabinett Herriot.

Doumer's Versuche gescheitert.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der um die Kabinettsbildung ersuchte Senator Doumer hat am Mittwochabend um 6 Uhr dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, eine Regierung zu bilden...

Kartellparteien und Sozialisten.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Die offen anvertrauten Parteien völlig überraschend gekommenen Beschlüsse, die gestern die sozialistische Fraktion über die Frage der Beteiligung an der Regierung gefaßt hat, haben eine völlig neue Situation geschaffen...

Ueber die Sitzung, in der

die radikalsozialistische Fraktion über die sozialistischen Vorschläge

beraten hat, liegt folgender Bericht vor:

Während einige Mitglieder der Fraktion betonten, daß es Sache der radikalsozialistischen Fraktion sei, die Regierung zu übernehmen, und sie sich höchstens die Mitarbeit der Sozialisten durch Verständigung über ein gewisses Programm sichern könne...

Eine Resolution wurde nicht gefaßt, aber als Richtlinie für die Haltung der Fraktion kann die Rede Sarrauts betrachtet werden. Dieser führte aus, daß nach dem Beschluß der Sozialisten die Radikalsozialisten alles tun müßten, um die Zusammenarbeit der Linksparteien zu ermöglichen...

In der am die Sitzung der radikalsozialistischen Fraktion sich anschließenden Delegiertenversammlung des Kartells gab es zunächst

eine lebhafte Kontroverse zwischen Sarraut und Léon Blum

über die Bedeutung der gestern von den Sozialisten gefaßten Resolution. Léon Blum interpretierte dahin, daß sie absolut wörtlich zu nehmen sei und keinerlei Hintergedanken enthalte...

bürgerlicher Beteiligung denke und den Eintritt bürgerlicher Linksparteier in das Kabinett von der strikten Annahme des sozialistischen Regierungsprogramms abhängig machen müsse. Ueber die Eventualität der sozialistischen Beteiligung an einem von den bürgerlichen Kartellgruppen gebildeten Ministerium habe die Fraktion noch nicht Beschluß gefaßt...

Die radikale Linke, der rechte Flügel des Kartells, hat heute nachmittag ihre Delegierten beauftragt, mit den Sozialisten Fühlung zu nehmen und festzustellen, ob sie bereit seien, sich an einem Ministerium zu beteiligen, in dem sie die Mehrheit der Ministerstellen haben würde.

Nach dem „Vorwärts“ sollen etwa 30-40 Radikal-Sozialisten, die mit der Haltung der Fraktion gegenüber den sozialistischen Vorschlägen nicht einverstanden seien, sich heute nachmittag in einer Sonderbesprechung die Möglichkeit eines Anschlusses an eine Koalition der Mitte ins Auge gefaßt haben.

Die Beratung des Linkskartells am Abend hat zur Einsetzung eines aus Vertretern sämtlicher vier Kartellparteien zusammengesetzten Ausschusses geführt, der die Richtlinien für ein gemeinsames Programm zur Lösung der Finanzschwierigkeiten aufstellen soll.

Weiterer Frankensurz.

London, 25. November. (Ill.) An der Börse ist heute der französische Franken auf 129,12 für 1 Pfund gefallen. Man erwartet weiteren Kursrückgang, selbst wenn bald eine neue Regierung gebildet werden sollte.

Wer unterzeichnet Locarno?

Außenminister oder Vorkäufer?

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Den Signatarmächten des Vertrages von Locarno hatte die englische Regierung mitgeteilt, sie sei durch den Tod der Königin Alexandra gezwungen, alle aus Anlaß der Unterzeichnung geplanten Hofflichkeiten abzusagen und stelle daher den Außenministern anheim, sich bei der Unterzeichnung der Verträge durch ihre Botschafter in London vertreten zu lassen...

Den Locarno-Verträgen einstimmig zugestimmt hat das britische Oberhaus in einfacher Abstimmung (Sondaufgeben).

zusehen. Zu einem Teile trägt an dieser Entwicklung sicher auch die Abneigung der Rechtsparteien gegen die Demokraten schuld, die als Abtrünnige von der gemeinsamen Sache betrachtet werden.

In die nach dieser Wahl beginnenden Sitzungsperiode der kommunalen Selbstverwaltungskörper fällt außerdem aller Voraussicht nach der Kampf um die vom preussischen Minister des Innern, Genossen Severing, angekündigte preussische Verwaltungsreform. Bei der Natur dieser Materie wird die Entscheidung über diese, seit vielen Jahren längst ausgereifte Frage von der Zusammensetzung der Provinzialland- und Kreistage, im einzelnen sehr beeinflusst werden, enthält sie doch u. a. die Forderung nach einer wesentlichen Verringerung der Zahl der jetzt etwa 250 preussischen Kreise, die Forderung nach einer Aufhebung der Regierungspräsidien und Regierungsbezirke usw. Fragen, die selbstverständlich von der Haltung der Ratsmitgliedern, also in diesem Falle der betreffenden Selbstverwaltungskörper, nicht unbeeinträchtigt bleiben können.

Der Wahlkampf ist fast überall mit politischen Auseinandersetzungen ausgefüllt worden und die eigentlichen kommunalen Selbstverwaltungstragen treten in den Wahlverhandlungen fast regelmäßig in den Hintergrund. Das Volk hat das heftige Wirken der Rechtsregierung seit einem Jahre mehr als genug zu spüren bekommen. Mit brutaler Deutlichkeit haben die Deutschnationalen zu verstehen gegeben, daß sie in die Regierung nur eingetreten sind, um ihre innerpolitischen und wirtschaftlichen „Belange“ zu sichern. Sie haben, was sie brauchten, Fülle und dem Besitz günstige Steuern in die Scheuern bringen können. Die schwere Wirtschaftskrise ist die Quittung dieser „saherländigen“ großkapitalistischen und großagraren Politik. Die Niederlage Deutschlands bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien und Italien zeigen, wie auf die „Wirtschaft“ beruht war, als sie aus Angst vor der Arbeiterbewegung sich den Deutschnationalen bei der Regierung der wirtschaftlichen Geleitzug verschrieb. Die Wirtschaft hat ihren Lohn dahin, leider sind die Massen des Volkes die Leidtragenden der aus dem kurzfristigen Egoismus der Besitzenden diktierten Politik der Rechtsregierung. Die Wahlen am kommenden Sonntag müssen und werden eine deutliche Abfrage an die Deutschnationalen werden.

In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie wie immer in der vordersten Reihe. Sie kämpft auch hier konsequent, zäh und unermüdet darum, daß die arbeitenden Massen einen steigenden Einfluß in der Politik und in der Verwaltung des Landes gewinnen. Sie kämpft dafür mit den positiven Parolen des Aufbaus und der Fortentwicklung der Selbstverwaltung zu einem tragfähigen Unterbau eines demokratischen Regimes im ganzen Reiche. Die Reaktionsäre haben im Preussischen Landtag ihre Hoffnungen auf den Sturz der Regierung Braun längst aufgegeben. Die Wahlen am Sonntag werden ihnen zeigen müssen, daß sie je länger desto mehr sich von ihrem in der schlimmsten Zeit der Inflation zum Greifen nahen Ziele entfernen. Die Wellen der Reaktion sind abgeebbt, die Sozialdemokratie ist im Vormarsch, sie wird das auch am Sonntag beweisen.

In einem Rundschreiben des Ministers des Innern werden die Bedenken der allgemeinen und der inneren Verwaltung angelesen, für die bevorstehenden Provinzialtagewahlen am 29. November d. J. den unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeitern, die sich um einen Sitz im Provinziallandtag bewerben, den für die Vorbereitung ihrer Wahl erforderlichen Urlaub zu erteilen, soweit es die dienstlichen Interessen gestatten. Der Erlaß macht die Kommunalbehörden auf diese Weisung mit dem Ersuchen aufmerksam, hinsichtlich der im Kommunaldienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter nach demselben Grundsatze zu verfahren.

Um das Reichsgetreidemonopol. Heute entscheidende Beratungen.

Bekanntlich propagiert der Reichslandbund seit einiger Zeit die Schaffung einer Art von Getreidemonopol, zu dessen Träger die in Liquidation befindliche Reichsgetreidestelle ausersehen ist. Heute, Donnerstag, finden im Reichsernährungsministerium Beratungen über die Reichsgetreidestelle statt, denen deshalb entscheidende Bedeutung beigemessen ist, weil nun zum erstenmal auch die Gegner des Projektes, insbesondere die Spitzenverbände des Getreidehandels und des Mählengewerbes Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.

Wir haben schon früher unsere schweren Bedenken gegen den Plan zum Ausdruck gebracht und besonders darauf hingewiesen, daß die Schaffung eines Monopols lediglich zugunsten der großagraren Erzeuger und mit Mitteln des Reiches, also der Steuerzahler den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer parlamentarischen Vertretung finden wird. Tatsächlich handelt es sich um einen außerordentlich schweren Eingriff in den Getreidemarkt und damit in die gesamte Wirtschaft. Und dieser Eingriff soll nicht einmal auf kurze Zeit beschränkt, sondern von Dauer sein. Wenn nun Reichskanzler Luther gegenüber den Forderungen der Beamtenchaft auf eine Sicherstellung ihrer Lebenshaltung erklärt hat, daß seine Uebergangsregierung nicht innenpolitische Handlungen vornehmen könne, deren finanzieller Ausgang sich nicht übersehen lasse, so gilt das mindestens in gleichem Maße für die Schaffung eines Getreidemonopols, das der Reichskasse und den Verbrauchern auf die Dauer schwere Opfer zugunsten des Großgrundbesitzes auferlegt. Damit sollte eigentlich die Ungelegenheit für das gegenwärtige Kabinett erledigt sein. Die Regierung wird sich jedenfalls nicht darüber wundern dürfen, daß auch die Beamten nicht schweigen, wenn ihren Forderungen eine andere Behandlung zuteil wird als denen der Großagraren.

Ein rektifizierter Staatsanwalt.

Freilassung des Reichsbannerführers Dahm.

Bohmem, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der am 3. November auf Anweisung der Bohemer Staatsanwaltschaft verhaftete Reichsbannerführer Dahm von Bohum ist nach drei Wochen Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Freilassung verurteilte das Oberlandesgericht in Hamm auf Grund einer Haftbeschwerde des Verteidigers. Dahm war wegen angeblichen „Hochverrats“ mit drei anderen Mitgeheimen zusammen, die schon vor ihm wieder entlassen wurden, verhaftet worden. Dem tüchtigen Staatsanwalt bleibt die Genugtuung, den Reichsbannerführer wenigstens für drei Wochen ungeschädlich gemacht zu haben. Aber im Justizministerium sollte man sich endlich darum kümmern, was die Staatsanwälte tun!

Völkische Waffenlager in Ostpreußen.

Königsberg, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Aufmerksamkeit der Königsberger Polizei ist es gelungen, dieser Tage ein zweites Waffenlager zu entdecken. In Bornsditt bei Königsberg konnte sie fünf Maschinengewehre, darunter vier leichte, 200 Infanteriegewehre Modell 08 und einige Riflen Handgranaten beschlagnahmen. Die Waffen gehörten den „Vaterländischen Verbänden“. Sie lagerten in dem Speicher des Möbeltransporteurs Bruno Hein. Wie die „Vollzeitung“ meldet, wurde der Lagerraum von der Polizei versiegelt, ohne daß die Waffen abtransportiert worden sind.

Zuchthaus für heimlichen Waffenbesitz.

Leipzig, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Im ostpreussischen Kommunistenprozess wurde am Mittwoch nach sechsstündiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Wegen Vergehens nach § 7 des Republikgesetzes, Verheimlichung von Waffenlagern und unbefugten Waffen-

Besitzes, erhielten Benjunt 3 Jahre Zuchthaus, Brannh und Mahje 2 Jahre Zuchthaus. Den Verurteilten werden 14 bis 16 Monate der Unterhüfungshaft angerechnet.

Die neue badische Regierung.

Köhler, Trunk, Remmele. — Vorläufig kein Demokrat.

Karlsruhe, 25. November. (Eig. Drahtber.) Am Donnerstag nachmittag teilt der Badische Landtag zur Wahl einer neuen Regierung zusammen. Die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts sind abgeschlossen. Sie führten von dem Plan zur Bildung einer großen Koalition zurück zu einem Kabinett auf der Weimarer Basis und endeten dann mit einem Ausschluß der Demokraten aus der neuen Regierung. Diesen Ausschluß hat sich die demokratische Fraktion selbst zu verdanken. Er ist zurückzuführen auf persönliche Intrigen des bisherigen Staatspräsidenten Hellpach, auf dessen Ministeramtigkeit nur noch seine eigenen Freunde, nicht aber Zentrum und Sozialdemokraten Wert legten. Um sich selbst zu retten, erstrebte Hellpach noch in den letzten Tagen die große Koalition. Da die Demokraten keinen anderen Mann präsentierten wollten als Hellpach, mußten sie auf eine Beteiligung an der Regierung verzichten.

Das neue Kabinett wird bestehen aus den bisherigen Zentrumministern Köhler und Trunk sowie dem Genossen Remmele als Innenminister. Er übernimmt vorübergehend auch das fremdenpolitische Kultusministerium, so daß den Demokraten jederzeit Gelegenheit gegeben ist, ihre sinnlose Taktik aufzugeben und in die Regierungsgemeinschaft zurückzukehren. Auch ohne die Demokraten besteht die aus Zentrum und Sozialdemokraten bestehende Regierung im badischen Landtag eine feste Mehrheit. Sie verfügt von insgesamt 76 Sitzen allein über 44.

Das Befehlsregime.

Gegentwirlungen gegen die Rückwirlungen.

Als die Regierung Herriot im vorigen Jahre die Macht übernahm und versuchte, den von ihr innerpolitisch verkündeten Geist der Verständigung auch außenpolitisch zur Geltung zu bringen, mußte sie zunächst eine ganze Reihe von Widerständen überwinden. Die in den französischen Besitzungen und insbesondere im Ruhrgebiet und Rheinland sitzenden Vollzugsorgane Frankreichs waren noch von dem Geist Poincarés besetzt und erst als Herriot einen großen Teil davon durch Vertreter seiner politischen Anschauung ersetzte, wirkte sich der Wille des französischen Kabinetts zur friedlichen Verständigung aus.

Inzwischen hat die Welt Locarno erlebt und es bleibt kein Zweifel darüber, daß sowohl Briand wie Chamberlain den dort zum Ideal erhobenen Geist zu pflegen bereit sind. Ihre Anweisungen über die Rückwirlungen haben das am besten gezeigt. Aber wie damals, als Herriot an das Ruder gelangte, gibt es noch alliierte Vollzugsorgane in den besetzten Gebieten, die Gegner einer Verständigung sind und deshalb die Anweisungen ihrer Regierung zu sabotieren versuchen, hauptsächlich französische Militärs. Auf sie dürften in erster Linie die immer noch aus dem besetzten Gebiet einlaufenden Beschwerden über die Behandlung der Bevölkerung, neue Quartierlasten usw. zurückzuführen sein.

Wir sind überzeugt, daß alle gegen die Bevölkerung gerichteten Maßnahmen neuer Diktatur ohne Kenntnis der verantwortlichen Zentralbehörden getroffen werden. Dieser Zustand wird aber erst sein Ende finden, wenn auch Briand, der wahrhaftig den neuen französischen Kabinetts angehört wird, versucht, sich durchzusetzen, indem er dort eingreift und Abhilfe schafft, wo seinen Anordnungen nicht einwandfrei Folge geleistet wird. In solchen Fällen muß schnell gehandelt werden, wenn nicht der Einbruch entstehen soll, daß er an seine Verständigungspolitik selbst nicht glaubt, denn jede Maßnahme in den besetzten Gebieten fällt schließlich auf die alliierte Regierung zurück.

Die Vertretung Chlunns in Berlin wird von einer Gesandtschaft zur Botschaft erhoben und mit General Huang fu besetzt.

Mors stupebit.

Konzertamtschau von Kurt Singer.

Das Bekenntnis zum Leben schließt die Ehrfurcht vor dem Tode in sich. Wenn wir ein Jahr lang am Leben vorbeistehen, so doch uns das wahre Erleben kaum mit einem Atemzug streift, wenn Stunde für Stunde sich uns verdichten zum Ertrag von Monaten und Jahren, so stellt sich plötzlich erinnerungsschwer ein Tag des Gedankens gegen unsere Gedanken von der Lebendigkeit. Ein Tag, der unseren Blick für die Toten reißt macht, schafft den Ausgleich zwischen täglichem Sterben im raschen Lebensschritt und ewigem Leben im Zustand des Todes. Die Pflicht zum Dasein verdeckt die mangelhafte Schönheit des Daseins. Einen Augenblick steht Welt und Gedanke einseitig still. Leben und Tod sind verschiedene Stufen ein und derselben Existenz. Die Natur lehrt uns den schöpferischen Wert des Sterbens an der Blüte, an der Frucht. Das Individuum ist ein Nichts, die Gattung ist wenig, die Erfüllung eines Einzelschicksals ist viel, der fortzuziehende Geist, der die Notwendigkeit des Körpers begründet, ist alles. Totensonntag. Mors stupebit et natura. Welt und Tod erstarrten. Wir stehen stumm vor der Größe ständiger Ereignisse. Messe, Requiem, Parsifal, Freudenchor — wo hält der Wanderer still? In welchem wahrhaft großen Wert offenbart sich nicht das Todgeweihte, das im Sterben erst geheiligte Leben? Eine unirdische Freude, eine Lust nicht von dieser Welt ruft Beethovens in seiner IX. Sinfonie auf. Sie nimmt uns sterblich, nicht froh. Wir lachen nicht, wir straffen uns. Wir glauben nicht einmal, wir zweifeln. Was eine Stunde lang solche Lust in uns freimacht, verschwindet kein Jubelchor. Der Kampf bleibt und die stille Resignation. Aber auch die Felle, die uns kein Gott so rein besetzt. Aufstanden unter dem begrabensten Stab Kempfers. Tönt nicht da neben der strahlenden Höhe einer Johanna Kempferer der innige Ton einer Olga Eisner, lang und schmerzlich vermischt? Raab-Brockmann, der reise Meister, beweist seine Könnerschaft in der H. Roll-Messe von Bach, die Georg Schumann würdig leitet. Diese Worte lehrer Erfüllung wenden sich an die Gesamtheit der Menschen und ihr Gesamtgefühl. Auch der „Parsifal“ tut es, wenn Kuch mit ruhiger Sicherheit und gar nicht mehr schleppend die Leidensjahren eines Amfortas von der menschlichen Inbrunst des herrlichen Schipper begleitet. Hier endet die Sehnsucht gepflanzter Kreatur in Erlösung durch Mittel. Vom Persönlichen weg strebt ein reines Gefühl in das Herz der Welt zu dringen. Das Requiem von Verdi, dem der vornehme, aufstrebende Siehmann zur Wirkung hilft, geht von eigenen Schmerzempfindungen aus und läßt ein persönliches Erlebnis dort fühlbar werden, wo Schmerz leidet und hofft. Des Friede wirkt auch hier, wenn die Erziehung verflucht. Und mitten in die Liturgie hinein, pervoben mit den priesterlichen Gebärden, löst Pius Kall eine minutiös ausgearbeitete E-Roll-Messe von Brudner, das Ideal Palestrinischer Reinheit vor uns aufzulegen. Erhebende, weise, archaische Chormusik seit Bach. Katholisch? Ja; aber die Unterstimme des Dogmatischen wird stumm vor dem strahlenden Weis dieses Russkunders. Totensonntag: Leben und Sterben sind still

geworden. Mors stupebit. Beethoven, Bach, Wagner, Brudner: Das Wunder ist größer, als das der Geburt und des Sterbens.

Doch gleitet der Blick zurück. Die Erde hat uns wieder. Sie packt uns mit teuflischen Kräften, wenn Clemens Schmalstieg romantisch präpariert und mischiert in einer finsternen Suite von seltsamen Ausmaßen, vulgären Tonstimmungen, banalen Inhalten. Wo blieb der Geschmak dieses vorzüglichen Vielerkomponisten? Eine Wagner-Litanei und ein Hufarenritt und eine Goldkettensort vergessener, gottverfluchter Jahrzehnte. Welch ein Parfallissement! Die Vöns-Lieder von Paul Graener sind von solcher Anmut und vollen Wärme, die Lieber Georg Wolffhohns von solcher freudlichen Singbarkeit, daß sie selbst durch die enge Kehle der Jutta Bla u nicht ganz zerdrückt werden können. Das junge Fräulein hat Material, aber sie sollte es besser pflegen lassen. Ernst Koters wird mit großem Trara als der kommende oder seiende Mann des Orchesters angepriesen. Der sehr kluge Russtler Pohl nennt den dreißigjährigen Komponisten einen „Eigenen“. Das ist wohl ein Irrtum. (Das ist, Pohl, ein Irrtum.) Rühmenswert ist eine sehr geschickte Hand, ein Sinn für Akoristik, eine Begabung für musikalische Stimmungsmalerei. Das zeigt sich in der Legende, wie in den Orchesterliedern. Selbständiger ist ein früheres Opus für Klarinetten und Orchester. Die Breite der Darstellung, das wiederholte thematische Einhängen, das Beleuchten von allen Seiten aber scheint nicht berechtigt, nicht begründet durch Schwere, Tiefe, Eigenheit der Gedanken. Von Strauß und Wagner hat sich dieser degabte Effektkler noch sehr wenig fortgewagt. Hoffentlich wächst ihm mit dem Changel und dem Mut zur Selbständigkeit auch die Kraft und die Fülle der Einfälle. Stravinsky ist ein Mann für sich, ein Programm eigener Art. Zwischen der musikalischen Intelligenz Berlins und dem Aufwachen hat er leichtes Spiel, großen Erfolg, keinen Widerspruch. Selbst dann nicht, wenn er in einem Lied („Tilimbum“) Russische pflegt, wenn er der „Geschichte vom Soldaten“ durch literarische Bearbeitung des Stoffes nimmt und die Knochen läßt, wenn er in drei Sätzen für Klarinette, mignoe Soloflöte oder Flötenpart für erste Kunst ausgibt. Erdennah: er wirkt als Persönlichkeit in der Straußheit und Würdigkeit des künstlerischen Ausdrucks, der Unheimlichkeit einer fesselnden Linie, der rathmischen Polyphonie. Man verzeiht ihm vieles, weil er vieles kennt. Die Sopranistin Rita Kitten mit ihrem Viertonstimmchen und Tremolieren aber schenken wir ihm ganz, verzeihen wir ihm gar nicht. Dagegen freit sich der junge Russe oder Italiener Bonarotti in einem Gedächtnis. Das wäre schön, wolle es nicht noch mit einem Wort Werner Wolffs schmeißendes und eindringliches Orchesterführung (bei Koters) sowie die geschmackvoll reifen Vorträge des Bugbaum- und Reichel-Quartetts erwähnen.

„Die große Sternensunde.“ Der 26. November bringt eine für Sternsänder höchst interessante Stunde. Jupiter und Venus treten in Konjunktion. Seit dem 7. November, wo noch 20 Grad sie trennten, sind sie sich nun auf einen Abstand von nur noch 2 Grad 25 Minuten näher gerückt und bieten so ein Bild von seltener Schönheit. Es fehlt nur sehr wenig daran und die beiden strahlendsten Gestirne unseres Planetensystems würden die gleiche Position einnehmen, durch die sie angeblich vor 1925 Jahren die Herten nach Bethlehem geführt haben. Denn damals — so nimmt man an und hat man auch mit ziemlich hohem Wahrscheinlichkeitswert errechnet — war ihre Kon-

junktion eine vollkommene, so daß die beiden Planeten plötzlich — vielleicht nach einer Reihe von Nächten mit bedecktem Himmel — als ein neues Gestirn von nie gesehener Helligkeit am Himmel standen. — Für uns ist dies Himmelschauspiel am Abend des 26. November kurz nach Sonnenuntergang am besten zu beobachten. Man entdeckt die funkelnde Venus und den in fahlem Glanze strahlenden Jupiter leicht am südwestlichen Himmel. Schon mit einem gewöhnlichen Feldstecher kann man vier Jupitermonde, mit einem kleinen Fernrohr weitere Einzelheiten und die in der gegenwärtigen Konstellation dem fast vollen Mond entsprechende Gestalt der Venus erkennen.

Nurmis Selbstbiographie. Nurmi, das große Lausgenie und der noch größere Schweiger, der niemals zu überreden war, über sich selbst zu sprechen, hat nunmehr mit Hilfe des Privatdozenten an der Helsinki-Universität, Kaila, eine Art Selbstbiographie verfaßt und in Druck erscheinen lassen. Die ganz auf Nurmi zurückzuführen ist, wenn auch Kaila das Buch verfaßt hat. Man kann aus dem Buch erkennen, daß nicht nur auf dem geistigen Gebiete, sondern auch auf dem Gebiete des Sports ungewöhnliche Leistungen nur durch ungewöhnliche Energie und durch ungewöhnliche geistige Gaben erzielt werden. Schon im Alter von 9 Jahren widmete Nurmi sich dem Sport, aber nicht wie seine Kameraden, nur zum Zeitvertreib, sondern mit dem ganzen Ernst, den sonst nur Ermadlene haben. Schon damals begann er mit einem richtigen Training und lief mehrere Male in der Woche Wege von 10 Kilometer und mehr. Welche Energie ihn leitete, geht daraus hervor, daß er bereits mit 12 Jahren den Fleischnuß ausgab, da er ihn für schädlich hielt. Nurmi stammt aus einer armen Familie und war, da sein Vater früh gestorben war, gewissermaßen der Ernährer seiner Angehörigen. Er gewann schon frühzeitig seine Kräfte. Im Jahre 1913 trat er in den Athletenverein Aho ein. Hier erst konnte er die wahrhaft riesige Ausbildung seines Körpers vornehmen, denn hier hatte er erst den richtigen Training-Meister zur Verfügung, der es ihm ermöglichte, seinen Körper so elastisch zu machen, wie es die Natur seines Organismus zuließ. Er versäthete ganz auf alle anreizenden Stoffe, wie Kaffee, Tee, Alkohol usw., um sein Herz nicht unnütz zu strengen. So hatte er durch eine intensive Geistesarbeit, die mit größter Körperausbildung verbunden war, die Grundlage dafür geschaffen, daß er tatsächlich der schnellste Mann der Welt wurde. Noch heute läßt er nicht einen Tag ohne sein Training vorübergehen.

Die längste Hängebrücke. An der längsten Hängebrücke, die es auf der Erde gibt, wird gegenwärtig gearbeitet, und sie soll im nächsten Jahre eingeweiht werden. Diese Brücke, die eine Gesamtlänge von 686,8 Meter hat, überspannt den Delaware zwischen Philadelphia und Camden. Die Brücke wird nur von zwei Abzeln getragen, deren jedes aus 1606 galvanisierten Drahtseilen besteht und 76,2 Zentimeter Durchmesser hat. Die größte Querschnittsfläche dieser Abzeln, die 6770 Tonnen wiegen, beläuft sich auf 15 177 Kilogramm pro Quadratmeter. Die Brücke wird im ganzen 37 Millionen Dollar kosten.

Vorträge. Der für Donnerstag in der Vorkonferenz der Lehramtschule angeordnete Vortrag von Dr. Paul Reuber über Bismarck (im Werner-Siemens-Gymnasium) muß auf Donnerstag, den 10. Dezember, verlegt werden.

Zur Wirtschaftsnot.

Sozialdemokratische Anträge im Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der immer schwieriger werdenden Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die verschiedenen Parteien hatten Anträge eingebracht, die durchweg die Erwerbslosenfürsorge betreffen. Nicht uninteressant ist, daß auch die Deutschnationalen mit einem Antrag vertreten waren, in dem sie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch vermehrte Aufträge durch die Reichsbahngesellschaft vorschlugen. Im Ganzen wird man daran denken, daß gerade die Deutschnationalen durch die Zollvorlage zu den gegenwärtigen Kompensationen auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben.

Die Sozialdemokratie beantragte, größere Mittel für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und für alle zweckmäßigen Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Außerdem forderte sie, daß alle Ämter im Reich, in den Ländern und Gemeinden auf diesem Gebiete unbedingt aufs engste zusammenarbeiten.

Die Kommunisten verlangten, daß in Zukunft keine Genehmigung zu Betriebsstilllegungen mehr erteilt wird, während sich die Demokraten dafür einsetzten, daß gesunde Betriebe, die über genügend Aufträge verfügen, aber an Kapitalmangel leiden, durch Kredite aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden.

Der Vertreter des Zentrums machte darauf aufmerksam, daß die zunehmende Arbeitslosigkeit schließlich auf den allzu hohen Zinsfuß zurückzuführen sei.

Genosse Simon-Schwaben, der Vorsitzende des Ausschusses, erklärte dazu, daß in einer der nächsten Sitzungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses Vertreter der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums erscheinen würden, um das Problem der Herabsetzung des allgemeinen Zinsfußes, die er für durchaus notwendig und erforderlich bezeichnete, zu beraten.

Der Reichstagsausschuss für Handelsverträge nahm am Mittwoch gegen die Stimmen der Kommunisten den deutsch-italienischen Handelsvertrag an. Die Deutschnationalen Fraktion konnte sich nicht schlüssig werden und erklärte, sich ihre Stellungnahme bis zur Entscheidung der Gesamtkonferenz vorbehalten zu müssen.

Das Locarnogesetz nicht verfassungsändernd

Veratungen im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch in eingehender Aussprache mit der Frage, ob das Locarnogesetz als ein verfassungsänderndes einer Zweidrittelmehrheit zu seiner Annahme im Reichstag bedürfte oder nicht. Von Seiten der Reichsregierung wurden in Ergänzung zu ihrem ausführlichen Gutachten, das bekanntlich den verfassungsändernden Charakter des Locarnogesetzes verneint, noch umfangreiche Darlegungen staatsrechtlicher Natur vorgebracht, wobei auch Reichsanwalt Dr. Luther das Wort nahm. Beschlüsse wurden vom Ausschuss nicht gefaßt.

Die bayerische Locarno-Debatte.

Bölkische Gehe gegen Stresemann. — Der Vorsitzende bezeichnet den bölkischen Redner als Pynchopathen.

München, 25. November. (Eig. Drahtb.) Die überflüssige Locarno-Debatte im Bayerischen Landtag ist auch am Mittwoch noch nicht zu Ende gekommen. Bezeichnend war, daß vor allem die Bölkischen heider Schattierungen, die in ihrer Agitation das Parlament als Schwachhute diskreditieren, ihrem Redefuß Stunde um Stunde freien Lauf ließen. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Dr. Buttman, leistete sich eine ungewöhnlich dreiste Beschimpfung des Außenministers Stresemann, den er einen niederträchtigen Verräter, Schädling und Verbrecher nannte, da er bewußt und systematisch das deutsche Volk an seine Gegner verhöhlet habe. Stresemann habe für diese Verleumdung von seiner Frau die Direktiven im Auftrag der jüdischen Finanzinternationale erhalten und diese Direktiven bewußt als Scherze der jüdischen Finanzwelt befolgt.

Als sich einige Ausschußmitglieder über diese gemeinen Beschimpfungen eines Reichsministers aufhielten, erklärte der Vorsitzende, ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei, daß er sich lächerliche Anschuldigungen eines Pynchopathen gar nicht ernst nehmen könne.

Aus dem „Ordnungslande“.

Verurteilung in der Angelegenheit Voeb gegen Thüringen.

Jena, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Jena fand am Mittwoch die Verurteilung in der Angelegenheit Voeb statt, die der ehemalige Staatsbankpräsident Voeb wegen seiner ungerechtfertigten Entlassung gegen das Land Thüringen angestrengt hat. Das Landgericht in Weimar hat in der ersten Instanz die Angelegenheit abgewiesen und der Widerlage des Landes Thüringen insoweit stattgegeben, als es sich um die Feststellung handelte, daß Voeb an das Land Thüringen keine Ansprüche mehr habe.

Die von Voeb gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegte Berufung gründete sich hauptsächlich auf den Umstand, daß das Landgericht in Weimar unter Verstoß gegen die Vorschriften der Zivilprozessordnung die von der thüringischen Regierung eingeholten privaten Gutachten der Herren Schulze-Robit und Bohnen, in denen die bekannten, aber sowohl durch die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtages von Thüringen als auch durch die von der Staatsanwaltschaft in Weimar eingeholten und dann eingestellten strafrechtlichen Untersuchungen längst widerlegten Beschuldigungen gegen Voeb und seine Amtsverwaltung enthalten waren, zur Grundlage seines Urteils gemacht hatte. Das geschah, obgleich ihr gesamter Inhalt vom Kläger ausdrücklich bestritten war und diese Gutachten dem Landgericht nicht einmal vorgelegt waren.

Der Vertreter des Klägers machte in der Verhandlung vor dem Zivilsenat geltend, daß das Urteil des Landgerichts auf mehreren großen Verstößen des zivilprozessualen Verfahrens beruht, daß dies Urteil in seinen Entscheidungsgründen als außerordentlich unzulänglich anzusehen und das Ergebnis, wie es in der Urteilsformel zum Ausdruck gekommen sei, dazu noch falsch sei.

Die Vertreter der thüringischen Regierung beantragten die Abweisung der Berufung und die Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils insoweit, als es dem beklagten Land Thüringen ein Viertel der Prozesskosten aufgebürdet habe. Der Zurückweisung setzte sie, offenbar in Anerkennung der großen Mängel des Landgerichtsurteils, seinen ernsthaften Widerstand entgegen.

Nach längerer Verhandlung legte der Senat die Verkündung des Urteils am Mittwoch, den 2. Dezember, fest. Wenn auch der Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Jena eigentlich nur eine rein juristische Entscheidung — ob Zurückweisung an die Rechtsinstanz aus prozessualen Gründen oder nicht — zu treffen hat, so erwehrt dieser Prozeß im gegenwärtigen Stadium doch nicht des aktuellen politischen Interesses. Die thüringische

Regierung hat durch ihre Widerlage den Streitwert dieses Prozesses auf 400 000 Mark hinaufgeschraubt, um Voeb die Weiterführung des Prozesses unmöglich zu machen. Sie will das erstinstanzliche Urteil, das dem Antrag ihrer Widerlage entsprach, unter allen Umständen aufrechterhalten wissen, obwohl sich die Entscheidung der Zivilkammer des Weimarer Landgerichts auf Behauptungen und behauptete Tatsachen stützte, die heute längst widerlegt sind. Räumlich alle von bölkischer Seite erhobenen und vom Finanzminister von Rüdiger weitergegebenen Behauptungen über Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung Voeb sind in der Urteilsbegründung des Landgerichts enthalten. Heute sind sie längst widerlegt, und kein Mensch denkt mehr daran, die im Herbst 1924 und im Frühjahr 1925 gegen Voeb erhobenen Vorwürfe aufrechtzuerhalten. Erst unlängst hat im Haushaltsauschuß des thüringischen Landtags der jetzige Präsident der Staatsbank Post der Tätigkeit Voeb in vollem Umfang Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Das russische Unterrichtswesen.

Mitteilungen Lunatscharfski.

Am Mittwoch sprach vor Pressevertretern Lunatscharfski, der zur Zeit in Berlin weilt und auch die Ausführung seines Don Quixotte in der Volksbühne ansehen wird, über das Unterrichtswesen in der eigentlichen russischen Sowjetrepublik. Er betonte, daß man eigentlich erst seit 1923 systematisch arbeiten könne, da bis dahin Kriege und auch Seuchen, sowie die Hungernot alle Kräfte in Anspruch genommen hatten. Wie er berichtet, war die Zahl der Volksschulen 1921 erst 58 000 mit 4,3 Millionen Schülern, 1922 betrug sie 64 000 mit 4,7 Millionen Schülern und im letzten Berichtsjahr dürfte sich die Zahl auf 72 000 mit 6 Millionen Schülern belaufen. Ein allgemeiner Schulzwang besteht in Rußland, das die allgemeine Wehrpflicht hat, noch nicht. Dies begründet der Minister damit, daß man noch lange nicht genug Schulen und Lehrer habe, um alle Kinder unterrichten zu können. Doch hofft man, bis 1933 soweit zu sein, wie man glaubt, das Analphabetentum, das nur weniger als zwei Drittel des ganzen Volkes betragen hat, bis dahin soweit verringert zu haben, daß dann alle Russen bis zum Alter von 35 Jahren lesen und schreiben können. Die meisten Schulen sind vierklassig, auch die sieben- und neunklassigen werden vermehrt. Für die Analphabeten waren 1924 rund 42 000 Lehrstationen mit 1,2 Millionen Schülern zwischen 18 und 35 Jahren tätig. In den Gewerkschaften und in der Armee sollen Analphabeten nicht mehr vorhanden sein. Die 19 000 Bauernlestuben dienen gleichfalls dem Elementarunterricht für Erwachsene. Sehr traurig ist die Bezahlung der Lehrer: sie erhalten trotz ihrer selbstlosen Arbeit nur 35 Rubel im Monat — etwa die Hälfte des Durchschnittslohnes der Arbeiter und kaum das niedrigste Lohnniveau der Lehrer vor dem Kriege! Dazu hören wir von einem glaubwürdigen Mann, der eben erst aus Rußland zurückgekommen ist, daß jetzt Lehrer „gehälter“ von 10 und 15 Rubel vorkommen.

Für die schlechte Finanzlage Sowjetrußlands ist es ein weiteres Zeichen, daß viele wissenschaftliche Arbeiten nicht veröffentlicht werden können. Aber im Zeitschriftenwesen soll das Vorkriegsniveau schon überschritten sein. Man wird gewiß einen großen Teil dieser Druckschuld auf das Konto der kommunistischen Propaganda setzen können, für die überall Zeitungen herausgegeben werden, denen jede Konkurrenz durch das kommunistische Monopol auf die Presse vom Leibe gehalten wird! Der Staatsverlag wird jetzt die zum Teil vergriffenen Werke des Tolstois vollständig, samt jenen Briefen, in 91 Bänden herausbringen.

Lunatscharfski erklärte auf Befragen, man arbeite daran, die sozialistische Forderung zu verwirklichen, daß begabte Kinder nicht mehr durch die ungünstige Wirtschaftslage ihrer Eltern vom höheren Bildungsgang ferngehalten werden. — Erfüllt ist diese sozialistische Grundforderung also auch in der Sowjetrepublik noch nicht, obwohl ihre Bewunderer und Lobpreiser sie gern als das sozialistische Paradies hinstellen.

Niemlich deutlich sagte der Minister, daß die Wissenschaft, Biologie und Wirtschaftswissenschaften beschränkt wird durch den Staatsgrundsatz, daß der Marxismus (wie sie ihn in Rußland verstehen) eben die Wissenschaft von morgen sei und alles andere die Wissenschaft von gestern, und dadurch so ziemlich erledigt sei. Dagegen bezeichnete er die verschiedenen Nachrichten über Verbote wissenschaftlich oder schöpferisch bedeutender und allgemein anerkannter Werke durch die Sowjetregierung teils als unwahr, teils als Uebergrieffe untergeordneter Stellen, die längst wieder durch Aufhebung gutgemacht seien.

Die Sowjetregierung stellt eben auch die Schulen aller Grade in den Dienst der Propaganda für das Sowjetregime oder, da die Bedeutung der Sowjets so stark heruntergedrückt ist, für die Herrschaft der kommunistischen Leiter. Aber schließlich haben alle Staaten mit ausgesprochener und bewusster Herrschaftsgewalt die Schule — um mit der Hochburgerin Maria Theresia zu sprechen — als ein Politicum betrachtet und zur Stützung ihrer Herrschaft gebraucht. Wenn der Bolschewismus darstelle, so zeigt er auch damit, daß er in dieser Hinsicht, wie in anderen, eine auf ihre Selbstbehauptung wohlbedachte Staatsgewalt ist.

Höllensmaschinen und Höllenwahn.

Hochverratsprozeß gegen Kommunisten.

Leipzig, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Hochverratsprozeß. Es haben sich wegen Republikverbrechen, Verheimlichung von Waffenlagern, Sprengstoffverbrechen und Terrorakte der Gussverwalter Egg Aklüver aus Groß-Rhüden und der Arbeiter Hermann Ringel aus Leita bei Hannover zu verantworten. Aklüver, der unter dem Namen Berger auftrat, war nach der Anklage militärischer Leiter der KPD in Hannover und hat in der Folge von Januar bis Oktober 1924 in dem dortigen Bezirk Unterrichtsstunden über die Anwendung von Schußwaffen, Sprengkörpern usw. sowie militärische Übungen abgehalten. Aus beschlagnahmten Schriftstücken geht hervor, daß von der KPD mehrere Attentate mit Höllensmaschinen geplant waren. Unter anderem sollte im Mai 1924 eine Eisenbahnbrücke bei Hannover in dem Moment in die Luft gesprengt werden, wo ein Sonderzug mit rechtsgerichteten Verbänden, die zu einem „Deutschen Tag“ führen, die Strecke passierte. Der Anschlag wurde vereitelt, da infolge Regens die Zündschnur, die zur Höllensmaschine führte, feucht geworden war und die Explosion verhinderte. In der gleichen Zeit wurde in Einbeek von KPD-Geiten bei einer Militärvereins-Fahnenweihe eine Bombe geworfen. Auch in Osnabrück waren Attentate mit Höllensmaschinen geplant. Aus den bei Aklüver als Berger vorgefundenen Belegen wurde festgestellt, daß alle Leute, die die Anschläge verübt haben, von Aklüver finanziert worden sind. Auch wurden Schriftstücke beschlagnahmt, aus denen angeblich hervorgeht, daß die KPD in dortigen Bezirk mehrere Waffenlager, die unter den Decknamen „Zigarren“, „Zigaretten“, „Tabak“ usw. geführt wurden, im Besitz hatte. Bei der Verhaftung Aklüvers wurde u. a. ein Beschlagnahmungsprotokoll eines elektrischen Apparates (Höllensmaschine) vorgefunden. Dem Angeklagten Ringel wird zur Last gelegt, daß er mit der kommunistischen Jugend militärische Übungen veranstaltet hat. Auch soll er Kenntnis gehabt haben von den verborgenen Waffenlagern der KPD. Der Angeklagte Aklüver gibt an, alle bei ihm vorgefundenen Schriftstücke von einem Unbekannten erhalten zu haben. Unter dem falschen Namen Berger will er nicht aufgetreten sein. Dies ganze Vergehen, das hier den Angeklagten zur Last gelegt wird, zeugt

von einer irrfinnigen Revolutionspielerei. Viel wahrscheinlicher will es aber scheinen, daß die „Täter“ in Wirklichkeit Spione sind, deren Auftraggeber freilich im Dunkeln stehen.

Kommunistenprozeß in London.

Verurteilung infolge Nichtandrtritts aus der KPD.

London, 25. November. (WTB.) Die im Zusammenhang mit der Mitte Oktober erfolgten Durchsuchung des Londoner kommunistischen Hauptquartiers verhafteten Kommunisten, gegen die Anklage wegen Aufwieglung von Heer-angehörigen erhoben worden war, wurden heute abgeurteilt. Fünf Angeklagte erhielten ein Jahr, sieben weitere Angeklagte sechs Monate Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte, nachdem die Angeklagten das Angebot des Richters abgelehnt hatten, sie freizulassen, wenn sie sich zum Austritt aus der Partei verpflichteten.

Das ist eine sehr eigentümliche Justiz. Entweder hat einer das Gesetz verletzt — dann ist er zu verurteilen „ohne Ansehen der Person“ — oder er ist nicht schuldig, dann kann ihn auch nicht seine Zugehörigkeit zu einer nicht durch Gesetz verbotenen Partei straffällig machen. So wenigstens will es unserer Auffassung von Recht und Gericht scheinen.

England / Frankreich / Vorderasien.

Zusammengehen vereinbart.

London, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain erklärte am Mittwoch im Unterhaus über die Besprechungen mit dem neuen französischen Oberkommissar in Syrien, de Jouvenel, es sei ein Abkommen getroffen worden, das ein enges englisch-französisches Zusammengehen in den Mandatsgebieten Syrien, Palästina, Transjordanien und Irak vorsehe. Eine englische militärische Aktion gegen die Druzen sei jedoch weder verlangt noch angeboten worden.

Belagerungszustand in Syrien.

Beirut, 25. November. (WTB.) Der Oberkommissar hat wegen der in der Nähe von Damaskus umherziehenden Banden beschlossen, den Belagerungszustand über Damaskus und die Sandchats von Damaskus und Hauran zu verhängen. Jerdseim wird weiter von den französischen Truppen gehalten.

Polnische Regierungserklärung.

Rede Strzyski im Sejm.

Warschau, 25. November. (WTB.) Ministerpräsident und Außenminister Strzyski gab im Sejm die Programmklärung der Regierung ab. Strzyski wurde bei seinem Erscheinen von den Bänken der Kommunisten und der Bauernpartei mit den Rufen: Gebt die polnischen Gefangenen frei! Weg mit Stanislaus Grabki begrüßt. Der Ministerpräsident erklärte, daß das Programm der jetzigen Regierung die Zusammenfassung aller großen Parteien sei, um

durch sofortige Maßnahmen die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

Auch werde die Regierung es sich angelegen sein lassen, den Hlotz zu halten und auf keinen Fall eine neue Inflation zu lassen. Die Regierung habe nicht die Absicht, am Militärbudget besondere Ersparnisse vorzunehmen, sondern die Budgetrestriktion weitgehend auf alle Ressorts verteilt werden. Bei Besprechung der Außenpolitik unterstrich Strzyski die guten Beziehungen Polens zu Frankreich, die niemals enger, besser und klarer gewesen seien als jetzt. In unserm Verhältnis zu unseren deutschen Nachbarn, sagte Strzyski, kam eine Tatsache von ungeheurer politischer Bedeutung: Locarno! Ich zweifle nicht, daß sich entsprechend der Bedeutung der dort abgeschlossenen Verträge

unser Verhältnis zu Deutschland in einer Weise neu gestaltet, die beiden Nachbarn Nutzen bringen wird.

In diesem Geist treten wir aufs neue in die Handelsvertragsverhandlungen mit der Reichsregierung ein, wobei wir wünschen, daß sie in raschem Tempo fortschreiten und bei beiderseitigen guten Willen oberflächlichsten dem heutigen Zustand der Dinge ein Ende machen. Zur inneren Politik wiederholte der Ministerpräsident das in der polnischen Verfassung niedergelegte Versprechen, alle Bürger des polnischen Staats, auch die fremder Nationalität, gleichmäßig und liberal zu behandeln. Er schloß mit der Forderung, das Land aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herauszuführen. Die Rede wurde von den Koalitionsbänken beifällig aufgenommen.

In der Besprechung gaben die Regierungsparteien zustimmende Erklärungen ab, während sich die Sprecher der christlich-nationalen Großgrundbesitzerpartei und der radikalen Bauernpartei Inzowolente sowie des deutsch-ukrainischen Klubs gegen die Regierung aussprachen. Der Sprecher der radikalen Bauernpartei forderte sofortige Rückkehr Billudis zum Heere.

Mehr Freiheit in Ungarn!

Abbau der Ausnahmegesetze versprochen.

Budapest, 25. November. (TL.) Im Parlament kündigte Ministerpräsident Graf Bethlen an, daß die Ueberreste der Ausnahmegesetze aus der Welt geschafft werden mühten; eine neue Regierungsvorlage zur Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts sowie ein Verfassungsgesetz seien in Vorbereitung. (Man wird in sehen, ob sie nicht bloß das Ausnahmeregime verewigen sollen! Red.) Wenn auch die Freiheitsrechte nicht sofort und ohne jeden Uebergang wieder hergestellt werden könnten, wie sie in der Vorkriegszeit befanden hätten diese ungarische „Freiheit“ war mehrbühm! Red.), so würden die Ausnahmegesetze doch erheblich abgebaut werden, wobei in Betracht gezogen werden mühte, daß im Zustande eine große Propaganda gegen Ungarn betrieben werde. Aus diesem Grunde könne auch die Emigrantenfrage nicht vollständig liquidiert werden; doch werde die Regierung sich freuen, wenn einzelne Personen heimkehren würden; bei der Heimkehr werde ihnen größtes Entgegenkommen befunden werden. Ueber die Bodenreform erklärte der Ministerpräsident, daß 850 000 Katastraloch zur Verteilung gelangen und die Verhältniszahl des Kleingrundbesitzes von 44 auf 55 Proz. gestiegen sei, so daß die Demokratisierung des ungarischen Ackerbodens freischritte. Eine radikale Verdrückung des Bodenbesitzes könne den nationalen Interessen nicht entsprechen, weil die Umgestaltung Ungarns zu einem Bauernland nicht das Ideal der gefundenen Verfassung sei. Jedenfalls werde eine Gesetzesvorlage über die Reform der Fideikommission unterbreitet werden.

Der Bildungsausschuß des Reichstages beriet über den vom Reichrat verabschiedeten Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Schmutz und Schund. Die Mehrheit des Ausschusses trat dafür ein, den Gesetzentwurf auf den Schmutz der Jugendliteratur abzustellen, nicht aber einen Erwerbslosenklub im weitesten Umfang zu entwickeln. Die Regierung warnte, eine Definition des Begriffes Schmutz und Schund aufzustellen.

Der eben gemeldete schändliche kommunistische Abs. Tausch, der wegen des bei kommunistischen Ausschreitungen in Ungarn (Karpalthen) am 1. Juni 1923 und in Karthou am 30. Juli 1925 begangenen öffentlichen Gewalttätigkeiten zu 1 Jahr Kerker und zum Verlust des Wahlrechts verurteilt worden war, ist nach Bestätigung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof verhaftet und dem Gericht eingeliefert worden.



„Da draußen, stets betrogen, faßt die geschäft'ge Welt“, da draußen brandet das Leben in wilden Bogen bis hoch hinauf zu den Zinnen und Türmen der Häuser, da haften die Menschen, da heulen die Autos, da poltern die Bogen ihren Zielen zu. In tausendfach Gestalten ein Wille ein Wunsch, ein Karneval des Goldes, ein Totentanz, aber drinnen, hinter den Mauern der Häuser, da bildet sich Menschenjähling, da fallen die Masken. Was draußen der Lärm der Straße überläßt, klingt hell in die Stille der Höfe. Freude und Schmerz, Liebe und Haß. Berliner Höfe: Finstere Schlünde der Not, stille Inseln des Friedens, rauchgeschwärmte Stätten der Arbeit, altersgraue Zeugen einer verfunkenen Zeit. Berlin kennt nur, wer seine Höfe kennt, wer mit lebenden Augen in sie hineinschaut und ihr eigenes Leben versteht.

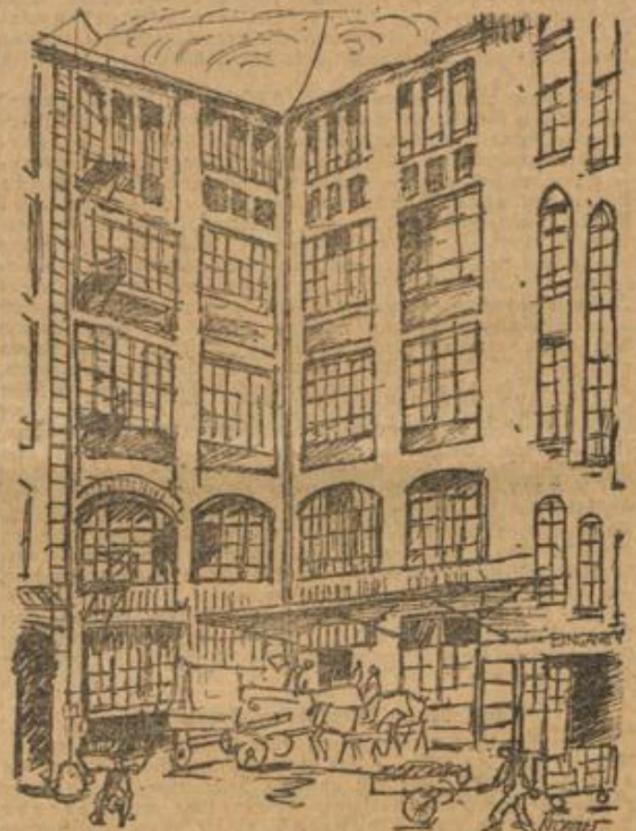
Im Proletar'ers'otel.

Eine der endlosen Straßen des Nordens, ein Haus wie das andere, vergeblich suchen die müden Augen nach Abwechslung, Fenster reiht sich an Fenster, Baden an Baden, Blätter, Dampfen, Schächter, Jigariengeschäfte, Friseur, Eis-Salons, Lumpenteller, ein Kind mit drüllenden Reflexen und wieder ein Berliner Kind, ein Schulheiß, „der grobe Dsp'ruhe“, „der gemütliche Emil“, „die süßle Lindenwirtin“ und weiter in ewiger Gleichförmigkeit, bis sich in der Ferne der Dunst der Straße mit dem Qualm der Eisenbahnzüge, die wie schwarze Gespenster am Horizont dahinhulsen, verbindet. Ueber drückigen, ausgeleiteten Jernbahnen gelangt man auf den kleinen, fast quadratischen Hof, rings umgeben mit gewaltigen Mauern und tausend Augen graue Häuser gen Himmel, in einer Ecke stehen drei übervolle Müllkästen, daneben ein verrosteter Handwagen und ein paar alte Kisten, die Sonne bemüht sich vergeblich, den Grund dieser Steinmauer zu erleuchten, in der hundertlei Geräusche, Gelächter, Gesänge, heulendes Keifen, Müdliches Lallen, trübenes Jöhlen, quarrende Grammophonmusik, die neuesten Schläger, schwermütige Volkslieder durcheinandermischen, deren süßliche Luft wie mit Bleigewichten beschwert auf den matten Zungen lastet — nichts, woran das Auge sich erheben könnte? — Doch! In vielen der Fenster hängt ein bunter, kleiner Garten, liebevolle Pflege verrätend und nicht zuletzt Sehnsucht nach Licht und Luft, nach blühender Heide und rausendem Walde, die das steinerne Meer nicht erdrücken konnte. Da wohnen nun 67 Parteien eng beisammen. Draußen eilen die Menschen gleichgültig aneinander vorüber. Hier kennt einer den anderen, hier ist der Kaffee wie im kleinen Dorfe, hier nimmt man Anteil am Geschick des Nachbarn im Guten oder Bösen. Geburt und Tod, Weile und Grab werden zu wichtigsten Ereignissen, ein neues Kleid, ein Krach bei Schulzens bilden den Gesprächsstoff von Tagen und jeder weiß von jedem, was er kocht. Wie, die da wohnen, hat ein hartes Schicksal geknetet, alle arbeiten schwer fürs tägliche Brot und hoffen kaum bis zum nächsten Tage und als ewige Mahnung zieht der schwarze Rauch der Fabrik-Schöte in dicken Schwaden über das winzig kleine Stückchen Himmel. Eine ärmliche Stube, eine schmale Küche, der enge graue Hof, die Hand für als abendlicher Polsterplatz, vielleicht noch die Bank auf dem Platz mit den schwindelhaften Bäumen und das Kino an der Ecke, für die Kinder der Kunst, die Granitplatten des Bürgersteigs, von einem weißen Magsirat für „Wasserzoo“ und „Himmel und Hölle“ geschaffen, und die herrlichen Kellerkeller, unter denen unermessliche Schätze an Sechtern und Knöpfen der Hebung durch krummgebogene, an eine Waite gebundene Köpfe hängen — das ist

ihre Welt, das heißt eine Welt! Menschenjähling in engen Käfig gepfercht. — Und dann Kinder! Kinder überall, Kinder an jedem Fenster, Kinder auf der Straße. Ihnen ist das harte Pflaster ein blühendes Märchenland, ein Kinderhimmel, daß es doch nie zur Hölle würde!

Bei den anderen...

Ein vornehmes Haus in einer stillen, grünen Straße, davor ein kleiner Garten mit blühenden Rosen, gegenüber der große Park, ganz aus der Ferne löst der farblöslige Lärm der großen Stadt herüber, nur selten ein harter Schritt, zwei „Mädchen für alles“ stehen mit Hentelförben an der Ecke und plauschen. Keine Kinder, keine heulenden Autos, kein wirbelnder Staub — die Zeit scheint hier stillzustehen, an einem schmiedeeisernen Gitter langweilt sich ein strahlend blauer Briefkasten, nebenan gurren Tauben, gackern echte Italiener, „Brin“ heult sehnsüchtig „Dina“ nach und roffelt traurig mit der Rüttelzette, vor vielen Fenstern liegen teile Kollaloufien. — Ueber schwarzweiße Marmorquadrate, durch eine schwere Eichentür



mit blühenden Messinggriffen, an einer mißtrauisch blinzelanden Portierloge vorbei auf den verträumten Hof, ein kleiner Kalkenplatz mit weißen Kacheln gesäumt, darauf ein schwermütiger Lebensbaum, nur wenige Fenster ringum, alle mit großen Spiegelscheiben in erster Würde glänzend, kein abler Geruch, kein aufdringlicher Müllkasten, nur an einem Fenster ein großer Strauch Feuerlilie, und es ist so still, der Kanarienvogel im „Portierpauerrain“ zwitschert verträumt, der Graupapagei im ersten Stock kreischt zuweilen ein unverständliches Wort, halbhafter Gesang eines Mädchens, der bald wieder verstummt, Geschirr klappert, irgend jemand hustet, dann wieder Stille, weicher eine Autohufe, kein wilder Schrei der Sehnsucht, Haß und Liebe, Freude und Schmerz wohl temperiert, vorsichtig in Waite gehüllt, daß niemand erfahre, wie es im Innern aussieht. Jeder lebt für sich, man schließt sich, man grüßt sich und schmeißt sich aus — jeder hütet sein Schicksal wie ein großes Geheimnis, man lebt nebeneinander, nie miteinander. Und dann wenig Kinder, sie spielen nicht „Himmel und Hölle“ und „Wasserzoo“, angeln nicht nach verlorenen Sechtern, ach, wie gerne möchten sie das, ihr Kinderzimmer ist voll entthronter Götter, denn für ein richtiges Kind ist eine leere Streichholzschachtel oft wundervoller als die komplizierteste Eisenbahn.

Fabrikhöfe.

Drei Höfe hintereinander. Hochspeedige Wagen rollen donnernd durch die Enge der Torwege, Lasten flitzen poltern zu Boden, schweißtreibende Männer schieben kleine Karren hin und her, wälzen riesige Rollen zu den Aufzügen, schieben Wagen beiseite, schauseln Kohlen, Frauen, junge Mädchen mit weißen Lächern um den Kopf lauten geschäftig durcheinander, lachen, lichern — kräftige Worte fliegen von den Männern herüber und kehren ebenso kräftig zurück, dazwischen hupen Postautos, stuchen Kulischer, schrillen Glocken, dröhnen unzählige Maschinen, stampfen, heulen, kreischen, surren und singen ein infernalisches Konzert, und über allem liegt schwefelgelber Dunst, weißblauer Dampf, brauner bitter Qualm. In einer Ecke hat sich ein Vertikalkasten errichtet und duddelt in schmerzlichen Tönen. „Nur eine Nacht sollst du mit gebären“ — wer singen kann, singt mit, und die anderen ernt recht — mit anzüglichen Lächeln die meisten — manche aber mit einem seltsam weisenden Blick in den Augen, ungestillte Sehnsucht, die aus Qualm und Schweiß und Schweiß hinausfliegt ins Märchenland der Wolkenburgen, der Worte nicht achtend, allein durch die Töne fortgeführt ins Reich ewig unerfüllter Träume.

Vergangenheit...

Ein großes Portal mit kunstvollem Gitter, ein weiter Hof mit holperigem Pflaster, ernste graue Gebäude, spitze Giebel, von biden Quadern umrahmt Fenster, zwischen den Steinen wächst Gras und goldgelber Löwenzahn — die Zeit ist tot! — Jahrbücher? Ein Nichts! Aus der Tür zur Rechten tritt ein kleiner geübter Mann im brauen abgehabten Rod, bleibt sinnend mitten auf dem Hofe stehen, streicht mit der Hand über die hohe Stirn, als wolle er jänkere Gedanken bannen, die weit in die Vergangenheit gehen. Gras wächst zwischen den Steinen und goldgelber Löwenzahn. — Viele Geschlechter gingen dahin, der bunte Wechsel menschlichen Lebens zog vorüber, ernst blickten rings die grauen Häuser. Sie sahen zu viel, um sich zu wundern.

Einzichung von Rentenbankscheinen.

Durch Bekanntmachung vom 24. November 1925 rüft die Deutsche Rentenbank die Rentenbankcheine zu 10 Rentenmarkt — ohne Kopfbildnis — mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923 zur Einziehung auf. Die aufgeführten Scheine können bei den örtlichen Kassen noch bis 31. Dezember 1925 in Zahlung gegeben, bei den Kassen der Reichsbank aber bis 30. April 1926 gegen andere Rentenbankcheine oder gegen geschliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Mit Ablauf des 30. April 1926 werden die aufgeführten Rentenbankcheine kraftlos, und es erlischt damit auch die Umtausch- und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank. An Stelle der durch diese Bekanntmachung aufgerufenen Rentenbankcheine gelangen neue Scheine zu 10 Rentenmarkt vom 3. Juli 1925 — mit dem Kopfbildnis einer Landfrau —, wie solche sich bereits seit September 1925 im Verkehr befinden, zur Ausgabe.

Sozialdemokratische Studenten! Wir bitten die Genossinnen und Genossen herzlich, unseren Mitgliedern, die zur Zeit immer noch ohne Wohnung sind, Zimmer anzudeuten. Die Adressen sind zu senden an: Reinefeld, Köpenick, Rauensteinstr. 2.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Als der Sommer nahte, hatte Eva Aussicht, mit in eine Ferienkolonie an die Ostsee zu kommen. Das würde ihr sehr gut tun. Olga hoffte darauf, und auch Eva hoffte. Sie hatte aus der Schulbibliothek ein Buch mit nach Hause gebracht, darin stand eine Geschichte vom Meer. Die las sie, wenn sie auf einer Bank im Tiergarten saß, und die Stunden verrannen ihr darüber wie Minuten. Wenn der Wind in den hohen Eichen und Kiefern des Parks rauschte, glaubte sie, das Meer rauschen zu hören; legte ein losgerissenes Blatt durch die Luft und sank vor ihr nieder, so schnellte sie auf; ein Fisch, ein Fisch! Jeder Kiesel war ein Stück Bernstein, jedes Schneckenhaus eine Muschel mit einer kostbaren Perle darin; und die Menschen, die da drüben jenseits des großen Rasens vorübergingen, das waren Schiffe aus fernen Welten, stolze Freigattin mit gebühnen Segeln, mächtige Dampfschiffe, deren Maschinen schnauzend arbeiteten, kleine Kähne, die nachgezogen wurden. Sie alle glitten an ihr vorbei, erschienen und verschwanden am Horizont. Und sie selbst war das Wesen, das unten im Wasser wohnte, das austauchte, niedertauchte und den Knaben mit sich hinabzog, der ihrem Singen vertraute. Ach, wenn sie nur erst in Wirklichkeit im Meerwasser baden könnte! Sie konnte es nicht erwarten.

„Ach würde Eva'n nicht mit an de Ostsee geben.“ sagte Frau Bullmann. Sie war eine eingeseifelte Berlinerin, nirgendwo war es besser. „Wenn's denn absolut Wasser sein muß, dann schicken sie ihr doch in de Volksbadeanstalt. Oder in de Krumme Lanke. Da sind Badehäuschen, da kann ihr nicht passieren. Aber an de Ostsee? Man ja nicht!“ Auch Wiltowski riet ab. Er fand Eva sehr zart, jedenfalls zu zart für einen solchen Massenbetrieb. Der Bruder war ganz unvermutet an einem Sonntag herangezogen, als er mit seiner Familie einen Ausflug nach dem Zoologischen gemacht hatte. Die anderen fuhren mit der Stadtbahn nach Havel, er kam hier vorbei. Das Gewissen hatte ihm geschlagen: so lange sich nicht um die Schwester zu kümmern! Nun Frau Ella nicht zugegen war, war er wieder der alte, gutmütige Stefan.

Olga freute sich aufrichtig; es hatte sie oftmals zum Bruder gezogen, aber ihr Stolz verbot ihr, hinzugehen; sie hatten es ihr doch zu abjuchlich gemacht, sie war niemals mehr in der Alexanderstraße gewesen. Nun bat sie: „Bleib

bei uns zum Abendessen!“ Sie brachte herzu, was sie nur irgend hatte, und Eva lief ins Restaurant an der Friedrich-Wilhelm-Brücke und holte ein Seidel Münchener. Sie zeigten es ihm, daß sie sich freuten. Er fand die Wohnung ganz nett, am hellen Tag, wenn von außen mehr Licht hineinkam, mußte sie sogar sehr nett sein; besonders nett aber fand er seine Schwester als Hausfrau. Wie zierlich hatte sie alles hergerichtet, aus Wenigem schnell ein Biel gemacht! Das war wieder die Olga, von der der Vater immer so viel des Ruhmens gewußt hatte. Er lachte: „Du solltest dich noch verheiraten!“

Sie wurde rot: „Ach denke nicht dran.“ Da wurde er ernsthaft: „Aber warum denn nicht? Einer Dummheit wegen dein ganzes Leben vertrauern? Du könntest 'nen Mann wirklich glücklich machen und selbst auch glücklich sein. Und für die Eva wäre es sicher die glücklichste Lösung.“ Für Eva die glücklichste Lösung — die Worte des Bruders gingen ihr lange durch den Kopf. Ja, das wäre es vielleicht; die glücklichste Lösung. Dann hatte ihre kleine Eva den Vater, nach dem sie sich schon oft für die gelohnt hatte. Sie brauchte dann auch nicht mehr heimlich zu zittern für das eigene Leben, so lange zu sein. Außer ihren zwei Augen waren dann noch zwei Augen da, die auf das Kind schauten. Aber sie würde nur einen heiraten, der gut, aufopfernd gut zu Eva war.

10.

Eva war an der Ostsee. Olga hatte sich nach längerem Zaudern dazu entschlossen. Sie war so ungewiß gewesen und hätte Eva, die Tag und Nacht quälte, dieses Mal nicht nachgegeben, wenn Fräulein Weisoh ihr nicht ernstlich zuredet hätte: „Lassen Sie Eva mitgehen, es wird ihr gut tun. Lassen Sie sie doch einmal ganz Kind unter Kindern sein. Das ist noch mehr wert als die Seeluft. Es geben zwei tüchtige Helferinnen mit dem Transport. Fräulein Müller ist mir persönlich bekannt, ich werde ihr Eva besonders ans Herz legen.“

Olga hatte das Kind, seit es lebte, viele Jahre fremden Händen überlassen müssen, es war ihr nichts Ungewohntes, ihre kleine Eva tagelang nicht zu sehen, die ganze Woche nicht, aber dieses Mal war es für sehr lange. Viele Wochen sollten die Kinder dort bleiben. Die Schwachen und die Bedürftigen waren ausgesucht worden, eine gründliche Stärkung sollte ihnen zuteil werden. „Es können ganz ruhig sein.“ hatte die Lehrerin gesagt; aber die Mutter war doch nicht ruhig.

Eva sieborte in der letzten Nacht vor der Abreise. Die Mutter hatte ihr kalte Kompressen gemacht auf das Herz, auf

die Stirn, und sie zu sich ins Bett genommen. Es war das Fieber der Erwartung, der Freude, das Eva gepackt hatte. Ans Meer, ans Meer, eine große Reise!

Nie war Eva so schnell in die Kleider gekommen, nie hatte ihre Stimme so fröhlich geklungen. Olga behielt noch lange das Bild vor Augen, wie ihre Kleine sich zum Kupefenster hinausneigte und winkte, immerzu noch selig winkte. Das rote Kleid stand ihr niedlich, niedlich der weiße Heißgänder, der für die See angehängt worden war. Reines der anderen Kinder war gleich hübsch gekleidet. Und ausgerüstet war Eva wie eine richtige Reisende: mit einem Handkoffer, einem Ledercap für schlechtes Wetter, einer Thermosflasche und einer Blechbüchse mit viel zu vielen Butterbroten. Auch mit einem grünen Blechmesserchen nebst Spaten und Holzschäufel zum Sandschöpfen und Burgenbau. Olga hatte sich sehr verausgabt; nun sie allein war, würde sie sparen. Sonst kochte sie sich, wenn sie abends aus dem Geschäft kam, noch ein warmes Essen — schon Evas wegen —, nun würde sie das selbstverständlich weglassen lassen.

Es war Sonntag, als die Kinder abreisten. Olga brauchte nicht ins Geschäft. Noch war der Zug nicht außer Scheweite, so gähnte schon um sie die Einsamkeit. Ob sie einmal zu den Wiltowskis ging? Der Bruder hatte sie bei seinem Besuch aufgefordert: „Komm doch auch mal.“ aber nein, so einfach war sie doch nicht. Ohne daß sie es sich weiter überlegt hatte, wanderte sie jetzt die Chausseestraße hinunter und dann in die Friedrichstraße. Sie ging langsam; es war noch sehr früh. So zeitig durfte man wohl noch nicht in die Rosmarinstraße kommen. So zeitig nicht — nein! Als ihr das einfiel, fleg ihr eine Rote ins Gesicht. In dem schon alten, abgebrauchten Haus, das an sich nichts Einladendes hatte, stieg Olga die zwei Treppen zu Fräulein Helenes Wohnung hinan. Mit jeder Stufe wurde sie langsamer, sie hatte ordentlich Angst; wenn ihr etwa noch jemand begegnen würde?! Aber totensstill blieb es auf den Treppen. Dies Haus war ein Geschäftshaus, und heute war Sonntag. Als sie leise klingelte, zeigte sich innen am Guckloch ein Auge; dann wurde aufgemacht, aber nur spaltbreit, die Sicherheitskette blieb noch vorgelegt.

„Ach so!“ Die Wirtin, in einen schlammigen Morgenrod gehüllt, die Haare noch ungerichtet, sträubig um den Kopf hänchend, erkannte die Fremden ihres Wirtens nicht. Sie machte die Tür nur so weit auf, daß sie sehen konnte, aber Fräulein schlüß noch. Sie ist erst spät zu Hause gekommen. Ach lasse sie gerne ausschlafen, wenn sie mal Zeit hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Hermann Weyls Einäschung.

Gestern nachmittag 3 Uhr fand die Einäschung des Genossen Hermann Weyl im Krematorium Gerichstraße unter großer Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung statt. Die Zahl der Leidtragenden war so groß, daß sie der Raum des Krematoriums nicht zu fassen vermochte. Man sah unter den Anwesenden Ministerpräsidenten Genossen Braun, den Berliner Bürgermeister Scholz in Vertretung des Oberbürgermeisters Böß, Vertreter der Fraktionen, der Ketzelschaft und zahlreicher anderer Organisationen.

Der Sarg lag aufgehört unter Bergen von Kränzen mit roten und schwarzrotgoldenen Schleifen. An den Seiten der Bahre stand das Reichsbanner als Ehrenwacht. Die Trauerrede hielt der Bruder unseres verstorbenen Genossen, Dr. Max Weyl. „Was war Hermann Weyl? Ein Arzt, aber nicht nur ein Arzt, der die Krankheit durch eine einfache Medizin zu heilen versuchte, er war mehr, er sah die sozialen Mißstände, die die Krankheiten verursachten, seine Wahrheits- und Menschenliebe führten ihn zum Sozialismus. Weyl war ein Kämpfer und Arbeiter von Jugend an, er kannte keine Würdigkeit, kein Ermatten, er stellte die größten Anforderungen an sich und erfüllte sie dank seiner großen Energie. Sein mißführendes Herz trieb ihn zu den Armen, ihnen wollte er in jeder Beziehung ein Helfer sein, und um den Dahingegangenen trauern nicht nur die Angehörigen und ein engerer Freundes- und Parteikreis, sondern alle die vielen Tausende, denen er im Laufe seines arbeitsvollen Lebens helfend zur Seite stand.“ Darauf sprach als Vertreter der Stadtverordneten und der Partei Genosse Czeminik. Weyls Leben gehörte der Arbeiterklasse, nur ihr geht sein Interesse. Alles, was er tat und dachte, umkreiste dieses Zentrum. Er war seit 1902 Stadtverordneter, arbeitete im Gesundheits- und Schulausschuß und kämpfte dafür, daß auch den Proletariatskindern die höhere Schulbildung zugänglich gemacht werden sollte. Nie ermüdete er in seinem Vollen, immer erkannte er, daß der Hauptfaktor aller körperlichen und sozialen Erkrankung die soziale Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sei. Als Vertreter der Landtagsfraktion führte darauf Genosse Leid aus, daß Weyl jedes Vertrauen, das man auf ihn als genauen Kenner sozialhygienischer Fragen setzte, glänzend gerechtfertigt habe. Immer zeigte er sich in den Kämpfen um die großen sozialhygienischen Probleme als Mann von größter Weisheit, der erkannte, daß der entscheidende Schlag gegen die Volksverfälschung von der Hebung der sozialen Lage der breiten Volksschichten abhängig sei. Seine ausgebreiteten Kenntnisse befähigten ihn, in der sozialhygienischen Beförderung eine entscheidende Rolle zu spielen. Als letzter sprach Dr. Majes als Vertreter der Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte, der Krankentassen und anderer angeschlossener Verbände. „Weyl sprach immer aus, was er dachte, er kannte keine feilsche Rücksichtnahme, keine Angst, er sprach aus, was andere ängstlich verschwiegen. Deshalb wurde er von vielen gehaßt, die es nicht ertragen konnten, daß man ihnen die Wahrheit sagte, und die nicht einsehen wollten, daß der Kampf um die Volksgesundheit ein politischer Kampf ist.“

Die Banner senkten sich über dem Sarge. Gedämpft spielte die Orgel das Vorspiel-Vorspiel. Langsam begann der Sarg zu sinken.

Die Todesfahrt auf dem Eise.

Neun Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung.

Eine leichtsinnige Autofahrt auf den nicht freigegebenen Flächen des zugefahrenen Wannsees, die den Tod eines blühenden Menschenlebens zur Folge hatte, fand gestern vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg ihr gerichtliches Nachspiel. Wegen fahrlässiger Tötung wurde sich der Ingenieur Paul Behr vor den Richtern verantworten.

Behr, der die Herstellung von Automobilen betreibt, wollte am 26. Januar des vorigen Jahres den Rotor eines neuen Wagens ausprobieren. In Begleitung seines jugendlichen Ronieurs Duda wurden mehrere Kunden auf der Ausbahn zur größten Zufriedenheit des Ingenieurs zurückgelassen. Wohl erfreut über das glänzende Ergebnis der Probefahrt beschloß Behr, die Grunewaldbahn zu verlassen, und die Sicherheit seines Wagens auch auf anderen Wegen zu erproben. Jedenfalls ging es plötzlich in Richtung auf den Wannsee, von hier aus die freigegebene Strecke Seeberg-Schwanenwerder auf der Spiegelglatten Fläche des Sees weiter. Behr will nun hinter sich langsam aufsteigenden Nebel bemerkt und deswegen beschlossen haben, nicht anzufahren. Von Duda selbst dazu aufgefordert, wurde die Autofahrt nach der Bucht von Schildhorn zu fortgesetzt. Auch jetzt soll noch alles glatt von statten gegangen sein, in froher, übermühtiger Laune habe sich dann ein Student, der sich mit Schiffschrauben auf dem Eise tummelte, an den Wagen angehängt und sich so der tödlichen Fahrt angeschlossen. Kurz vor Schildhorn setzte dann eine plötzliche Dämmerung ein, das Eis begann hier und da zu knacken, an eine bestimmte Richtung war nicht mehr zu denken, das Auto nahm unmerklich seine Richtung auf eine offene Stelle, durch die Tüte zurup eine Fille sich mühsam den Weg gebahnt hatte. Noch im letzten Moment gelang es dem Studenten, sich vom Wagen abzustossen und sich dadurch auf eine große Eisscholle zu retten. Das Auto und seine Insassen aber waren verloren. Hier und da hielten es noch kleinere Flächen, die vom übrigen Eise abgetrennt waren. Jede Bewegung der beiden Menschen, das geringste Stoßen des Rotors mühten das völlige Versinken des Wagens nach sich ziehen. Behr und Duda sollen gelandete, verzweifelte Hilferufe ausgestoßen haben, einer wollte den andern retten, sie wußten nicht, wie sie es anfangen sollten, sie durften sich ja nicht bewegen. Als endlich Leute, die die Rufe gehört hatten, herbeieilten, begann ein verzweifelter Kampf um das Leben der beiden. Zoll für Zoll mußten sich die Retter vorsichtig auf den schwankenden Eisschollen herantasten und als sie glücklich den schon bis an den Hals untergegangenen Ingenieur herausgezogen hatten, da — versank vor ihren Augen das Auto mit dem jungen Duda in den kalten Fluten. Sein Tod berührte besonders tragisch, da der geschickte junge Mann die einzige Stütze seiner alten Eltern war. Das Gericht, unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Brennhausen, machte den Ingenieur B. denn auch in vollem Umfang für seinen großen Leichtsinns verantwortlich. Es glaubte ihm nicht, daß er auch über die Ausbahn hinaus noch den Rotor ausprobieren wollte, sondern hielt die anschließende Strecke für eine reine Luftfahrt. Der erfahrene Ingenieur mußte sich sagen, daß die Eisdecke wohl für Schlittschuhläufer ausreichend war, aber nicht für einen so schweren Wagen. Behr wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, eine beantragte Bewährungsfrist vorläufig abgelehnt.

Mordversuch und Raub.

Ein schweres Verbrechen, das am Montag in Siebgen bei Guben verübt wurde, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. In die Wohnung einer 55 Jahre alten Witwe Klein, die für sich allein wohnt, verschafften sich am Montag gegen 11 Uhr vormittags zwei junge Männer, die sich in der Gegend herumgetrieben hatten, Zutritt. Sie hielten über die Frau her, schlugen sie nieder, ließen sie besinnungslos liegen, raubten ihr 120 M. und verschwand damit. Man fand die Leberfalle in ihrer Stube schwer verlegt in einer großen Blutlache daliegen. Die Ermittlungen der Landjäger ergaben, daß die Räuber zu Fuß bis zur nächsten Station Drostau gegangen sind und dort einen Zug nach Ber-

lin bestiegen hatten. Vermutlich werden sie versuchen, im Betriebe der Großstadt unterzutauchen. Es sind Burden von etwa 18—20 Jahren. Mitteilungen nimmt Kriminaloberinspektor Gennat im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums entgegen.

Stadtverordnetenfraktion.

In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt außer der Vorberichterstattung die erste Wahl eines Siebzehnerausschusses. Die Wahl ist maßgebend für die Verteilung der Sitze in allen Deputationen. Jedes Mitglied der Stadtverordnetenfraktion muß pünktlich um 5 Uhr zur Sitzung erscheinen.

„Deutschnationales“ Stellenvermittlungsgeschäft.

In dem neuen Stellenvermittlerprozeß, über dessen Beginn wir am Dienstag in der Morgennummer berichteten, wurde am Mittwoch besonders in die Vermittlungsgeschäfte des Reichsbundes deutscher Aufseher und Vorarbeiter“ hineingeblendet.

Der Angeklagte Knobel will als Geschäftsführer dieses Bundes seine nemmenswerte Tätigkeit ausgeübt haben, aber die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß er über dort vorgelassene Angehörige wohl unterrichtet war. Der „Reichsbund“, der oft das „Deutsche“ und „Deutschnationale“ betont hat, sollte nach seinen Aussagen nur seine Mitglieder, deutsche Aufseher und Vorarbeiter, in Stellung unterbringen. Durch die Beweiserhebung wurde aber festgestellt, daß trotz aller Betonung seines „Deutschnationalen“ auch Nichtdeutsche unter seinen Mitgliedern waren und seine Stellenvermittlung in Anspruch nahmen. Ein Zeuge, der Kuffa ist, befandete, daß man im Bureau des „Reichsbundes“ auf seine Legitimationstarie den Berner „naturalisiert“ gefehlt habe. Er behauptete, das sei nicht nur bei ihm, sondern auch bei manchen anderen Nichtdeutschen so gemacht worden. In der Gastwirtschaft des Sohnes vom Geschäftsführer Knobel hielten die Stellungsuchenden Vorarbeiter Einkehr, wie sich denken läßt. Der erwähnte Zeuge lagte aus, Stellung habe erhalten, wer „aufschmierte“. Die Stellungsuchenden Vorarbeiter mühten, wie üblich, die von ihnen selber zusammengestellten Arbeiterkolonnen mitbringen, ohne die sie auf den Gütern keine Stellung erhalten konnten. Wenn sie aber zum „Reichsbund“ ohne Arbeiter kamen, konnten sie sich auch dort die nötigen Kolonnen besorgen lassen, und zwar wurden dann auch polnische Arbeiter nicht verschmäht. Zum Zweck dieser Beförderung von Arbeitern für die Vorarbeiter schloß die „treudeutsche“ Vorarbeiterorganisation einen Vertrag mit einem konfessionierten Stellenvermittler, monach die einkommenden Vermittlergebühren zwischen dem „Reichsbund“ und dem ihn denkenden Vermittler geteilt werden sollten.

Gründlich wurde gestern auch die Tätigkeit des der „Schlepperer“ beschuldigten Angeklagten Semenna erörtert, der im Dienst des konfessionierten Stellenvermittlers Gabriel die Arbeiterkolonnen zum Teil auf der Straße zusammengeführt haben soll, wie die Anklage ihm vorwirft. Er erhielt pro Arbeiter eine Mark, pro Arbeiterin sogar drei Mark, und einmal wurden ihm für einen Zeitraum von zwei Monaten über 1000 Goldmark ausgezahlt. Nach seiner Darstellung hätte er das Amt gehabt, die den Botschaftern zugeordneten Arbeiterkolonnen bei ihrer Ankunft aus der Provinz auf dem Bahnhof in Berlin in Empfang zu nehmen und bei der Weitervermittlung nach dem Abfahrtsbahnhof zu geleiten, damit sie nicht durch Schlepperer der Konkurrenzgeschäfte weggeführt wurden, und für diese Tätigkeit habe er jene hohen Beträge erhalten. Der Menschenhandel, der von solchen Vermittlern betrieben wird, wurde durch die Gerichtsverhandlung wieder in eigenartiger Weise beleuchtet. Zur Sprache kam auch einiges aus den Geschäftspraktiken des konfessionierten Stellenvermittlers Gabriel, der in dem früheren Prozeß verurteilt wurde, aber vor Verbüßung seiner Gefängnisstrafe gestorben ist. Gabriel ließ sich in seinem Bureau zuweilen durch einen seiner Angestellten aus einem anderen Zimmer telephonisch anrufen und gab sich dann den Anschein, daß er mit einem Gutsbesitzer über einen Auftrag verhandelte. Offenbar wollte er, wie der Zeuge annimmt, hiermit auf zuhörende Kunden Eindruck machen.

Die Beweiserhebung, in die gestern mehrfach Dr. Goldberg vom Landesarbeitsamt Berlin und Dr. Minch vom Bezirksarbeitsamt Friedrichshagen durch Fragestellung förmlich eingriffen, wird am Freitag fortgesetzt.

Der lebende Mensch im Schaufenster.

Was der Mensch doch alles um des lieben Geldes willen tun! Reklame um jeden Preis — das ist die Lösung unserer Zeit. Man begnügt sich nicht mehr mit auffällig dekorierten Auslagen, mit phantastisch gestalteten Plakaten, sondern stellt auch lebende Personen in das Schaufenster, die durch Hantierungen aller Art die Aufmerksamkeit der Menge auf sich ziehen müssen. Man kommt damit den Sitten des Orients nahe, wo die Handwerker ihre Arbeiten vor den Augen des kaufwütigen Publikums ausführen. In Berlin waren es wohl auch zunächst Orientale, die sich im Schaufenster zeigten: Türken, die Zigaretten drehten. Der Gedanke ist dann später von Schreibmaschinen- und Rechenmaschinenfabrikanten aufgenommen worden, aber rechter Beifall wurde diesen Schaustellungen nicht. Die feiner fühlenden Elemente unter dem Publikum hatten mehr ein Bedauern denn Interesse für die Person, meist eine hübsche junge Dame, die so mit ihrer ganzen Erscheinung dem Werbezweck diente. Jetzt hat man einen originellen Trick gefunden, um beim Publikum den peinlichen Eindruck nicht aufkommen zu lassen und doch eine lebende Person zur Schau zu bringen. Durch Spiegelschichten erscheint die im Laden befindliche Dame in starker Verkleinerung als lebend mitten im Schaufenster — alle ihre Bewegungen sind sichtbar. Ob sie Toiletten von vorn oder hinten zeigt oder ihre Finger über Reklametafeln spazieren führt — man hat den Eindruck, daß Gullivers Reich mit seinen Wipulperlonen ertanden ist. Ein anmutiges Bild, das gebührend bestaunt wird. Wer weiß, wohin diese Art der Reklame noch führen mag — ausbildungsfähig wird sie sein.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 26. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30 Uhr nachm.: „Aus dem Buch der Dichtung“, von Rudyard Kipling, vorgetragen von Dr. Wilhelm Leyhausen. 5.15—5 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffman. 6.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Technische Wochenplauderei (Jng. Joachim Boehmer). 7.15 Uhr abends: Dr. Th. Tichauer: „Die internationale Arbeitslosenorganisation in Genf“. 1. Vortrag: „Geschichte und Aufgaben der Organisation“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Literatur. Theodor Kappstein: „Deutsche Dichter und Denker“. 6. Vortrag: „Hermann Hesse“. 8.30 Uhr abends: Der Roman als Funkspiel. 3. Fortsetzung: „Die Katsatrophe“. Originalroman für die „Funkstunde“ von H. J. Gramateki (als Funkspiel bearbeitet). 9 Uhr abends: Frohsinn. 1. a) Schild: (Ein Tag in Wien, Jarmarsch. b) Lincke: Ouvertüre zu der Operette „Nakiris Hochzeit“ (Berliner Funkkapelle, Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffman). 2. Harry Waldau: Berliner Bilder in Wort und Musik: a) Im Kientopp. b) Cement. c) Straßenbahn (Karl Zander. Rezitation: am Flügel: Harry Waldau). 3. Lindemann: Im schwarzen Kater. Kabarettpotpourri (Berliner Funkkapelle). 4. a) Die Hausmusik (Worte und Musik von Harry Waldau). b) Die Musikanten (Worte von Felix Salten. Musik von Harry Waldau) (Karl Zander und Berliner Funkkapelle). 5. Fucik: Die Gardinenpredigt. Burleske (Berliner Funkkapelle). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Wie weit ist man schon vom dem einfachen Trick des Engländers Pear entfernt, der für seine Seifenreklame zwei Schweine, eins schmutzig, eins sauber ausstellte. Das letztere trug einen Zettel: Mit Pears Soap gewaschen!

Schon wieder beschlagnahmte Verteidigeratten.

In der Wohnung des Berliner Rechtsanwalts Dr. jur. Sid-nen Mendel in der Bülowstraße 13 fand gestern nachmittags auf Anordnung des Untersuchungsrichters in Essen eine Hausdurchsuchung statt, bei der die Handakten des Verteidigers in einem Reineidsprozeß beschlagnahmt wurden. Rechtsanwalt Mendel hat sich sofort beim Justizministerium und dem Rechtsausschuß des preussischen Landtags beschwert mit der Begründung, daß die Beschlagnahme unzulässig sei. Dem Verteidiger stehe das Recht der Zeugnisverweigerung zu, und durch die Beschlagnahme sei dieses Recht durchbrochen worden. Ueber die Vorgeschichte werden folgende Einzelheiten gemeldet: Rechtsanwalt Mendel hatte in Essen die Verteidigung einer Artistin übernommen, die unter der Anklage stand, missentlich eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. Während der Hauptverhandlung wurden zwei Zeugen unter dem Verdacht des Reineids verhaftet. Gestern vormittags kam der Untersuchungsrichter aus Essen nach Berlin, um den Stiefvater und die Mutter der Angeklagten zu verhaften. Gleichzeitig wurden in Abwesenheit des Anwalts trotz des Sträubens des Bureaupersonals die Handakten des Rechtsanwalts beschlagnahmt. — Vor einigen Tagen meldeten wir, daß der Staatsanwalt, der im Nordprozeß Rosen die Akten des Verteidigers beschlagnahmt hatte, einen Rückzug antreten mußte. Der Berliner Staatsanwalt scheint seinem Breslauer Kollegen nicht nachsehen zu wollen.

„Die Regimentstochter“ als Sendeispiel. Donizettis komische Oper „Die Regimentstochter“ eignet sich wie wenig andere Bühnenerwerke für die Rundfunkübertragung. Denn daß das Textbuch arm an Handlung ist und von Geschäften eigentlich nur erzählt wird, ist für die Bühne zwar ein Mangel, für das Sendeispiel aber ein unschätzbare Vorteil. Auch wer auf Inhalt der Oper keine Ahnung hatte, kam diesmal sicher voll auf seine Kosten, was sonst beim Sendeispiel nicht immer der Fall sein kann. Zudem erleichtert die frische, unkomplizierte Komik der Musik noch das Verständnis; und wenn Marie ihre schmelzende Romanze von Cypris Liebe beginnt und dann immer wieder zum Entsetzen der vornehmsten Leute in ihre geliebten und unversehrten Soldatenlieder gerät, so könnte sie als Text ganz bedeutungslose Worte singen, ohne daß man es vielleicht auch nur beachten würde, so stark spricht die lebenswichtige Scholchhaftigkeit der Komposition. Violetta Schadow, stimmlich gut auf das Mikrophon eingestellt, war eine Marie voll Anmut und Heiterkeit; Karl Böden, Ludwig Flechner und Theresia Rothauer waren die ihr gespielenden Partner, die sich mit dem Rundfunkorchester Georg Szells frohem Dirigentenstab (denn selbst ein Stod bleibt von solcher Musik nicht unberührt) fügten.

Die Auseinandersetzung zwischen Stadt und Hochbahn. Der Magistrat hat in der Mittwoch-Sitzung beschlossen, in dem Prozeß gegen die Hochbahngesellschaft gegen das am 19. Oktober 1925 verkündete Urteil des Landgerichts I Berlin Berufung einzulegen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im großen Saal der Villaharmonie, zweite Veranstaltung Internationale Volksbühne und Volkslieder „Am Orient“. Preis der Einzelparte 1.20 M. — Zweite Grobstarke Feiertage am 26. Dez. (2. Weihnachtstages). Träume der Weltkalesterne. Preis der Einzelparte 1.20 M. Für die letzten vier Veranstaltungen können noch Abonnementkarten werden zum Preise von 3.20 M. — Freitag, den 25. Dezember (1. Weihnachtstages) nächste Theateraufführung im Staatlichen Schiller-Theater. „Der Gluckspil“, Schwank in drei Akten. Preis pro Karte einschließlich Kleiderablage und Theaterzettel 1.20 M. Karten für alle Veranstaltungen sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Topographie. Leitungsbüro des 8. Bezirks Sonntag, 29. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus. — Beim Lotterienanfangkonzert in ein Fortemonnaie mit Inhalt gezeichnet worden. Abgeholt bei C. Reinsdorf, Reußstr., Hagenstraße 6.

Schneesturm im Saargebiet. Infolge des gestern nachmittags im Saargebiet einsetzenden Schneesturms, das von starkem Sturm begleitet war, ist der Fernsprecheverkehr von Saarbrücken aus nach fast allen Richtungen gestört. Besonders heftig scheint der Schneesturm im Westen gewütet zu haben, da Verbindungen nach Paris überhaupt nicht zu erhalten sind.

Schwere Sturm- und Wasserfluten an der spanischen Marokkoffront. Schwere Stürme und Wellenbrüche haben die spanischen Stellungen bei Tetuan und Ceuta überflutet. Mehrere Schützengräben wurden zerstört; einige Garnisonen befinden sich in Gefahr. Pioniertruppen versuchen weiteren Schaden zu verhindern. Die Wasserfluten haben die Straße Ceuta-Tetuan abgeschnitten, da die Brücken fortgerissen sind.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr:
Gefundbrannen: Schule Gassenbrunn: Str. 2. Vortrag: „Entwicklung der Arbeiterbewegung“. — Schillerstr. 17. Vortrag: „Arbeitslosen und Arbeitsrat“. — Schwanstr. 1. Vortrag: „Die russische Arbeiterbewegung“.

Bildungsurse:
Berberstraße 10: Neues Rathaus, Rudolf-Wilhe-Flak. Zimmer 72. — Berberstraße 10: Jugendheim Rigaer Str. 102.
Berberstraße 10: Schwanstr. 1. Vortrag: „Die russische Arbeiterbewegung“.

Gepflegter Geschmack

— eine Anerkennung, die für Sorgfalt und Umsicht auf vielen Gebieten gern ausgesprochen wird. Im eigentlichen Sinne bedeutet „gepflegter Geschmack“ eine hervorragende Auszeichnung für die praktische Hausfrau. Ohne Zweifel werden Sie in Ihrem Familienkreise oder bei Ihren Gästen solche Aufmerksamkeit für sich beanspruchen können, wenn Sie Ihren Tisch häufig mit schön angerichteten

Oetker-Puddings

bereichern.

Große Auswahl in vielen Geschmacksarten überbrückt jede Einförmigkeit.

Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln
Dr. Oetker's Makronen-Puddingpulver oder
Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit Makronen,
aufgetragen mit Dr. Oetker's Vanille-Soße,
sind ausgesuchte Hochgenüsse.

„Dr. Oetker's Puddingpulver“ kommen in den Berliner Hausfrauen-Vereinen zur Verwendung.

Dr. Oetker's Feinkost-Puddings sind in allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackung mit der bekannten Schutzmarke „Oetker's Helikopt“ zu haben.

Verlangen Sie ebendasselbe kostenlos die beliebten Oetker-Rezeptbücher oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Der „neue Kurs“ der Kommunisten. Eine Entgegnung.

Die „Rote Fahne“ vom 21. November bringt in ausführlicher Wiedergabe ein Referat, das der Abg. Koenen auf dem Bezirksparteitag der K.P.D. Berlin-Brandenburg über Kommunalpolitik am 18. November gehalten hat. Das Referat verfolgt den Zweck, grundsätzlich und im einzelnen den angeblich neuen Kurs zu begründen, den die kommunistische Partei in der Kommunalpolitik und besonders im Berliner Rathaus jetzt einzuschlagen beabsichtigt und durch den nun endlich nach so vielen schiefgeschlagenen Versuchen die Sozialdemokratie aus dem Vertrauen der arbeitenden Massen herausmandriert werden soll.

Das Referat ist eine Umschreibung und Glossierung des Briefes, den die kommunistische Berliner Stadtverordnetenfraktion vor kurzem an unsere Genossen im Roten Hause gerichtet hat und sei hierdurch — kann man selbstlos sein? — allen Sozialdemokraten zur Lektüre empfohlen. Nachdem die Kraftausdrücke und Schimpfwörter, die man bisher bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokraten geschleudert hat, nicht mehr überboten werden können, nachdem alle bisherigen Versuche, uns zu „entlawen“, gescheitert sind, hofft man jetzt, mit einem neuen, um ein wenig klügeren Manöver das erstrebte Ziel zu erreichen. Dieses Ziel wird von Herrn Koenen wie folgt umschrieben:

„Das tatsächliche Ziel unserer Arbeit muß sein, die Führung des Berliner Proletariats zu erobern. ... Um den Fehler von 1923 nicht zu wiederholen, müssen wir uns klar sein, daß heute alles das, was wir tun, nur darauf eingestellt ist, Agitation zu treiben und die Massen zu mobilisieren. Das gilt besonders für das Berliner Beispiel. Wir wollen uns darüber klar sein, daß die S.P.D.-Führer Verbände des Kapitals sind. Wir müssen aber zum Verständnis der S.P.D.-Arbeiter eine Brücke schlagen und heute sagen wir, wir können mit der Lösung des Linksblocks diese Brücke schlagen.“

Die Lösung des Linksblocks wird also aufgestellt, um den Versuch zu machen, überhaupt einmal an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen, aber alles, was getan wird, muß „nur darauf eingestellt sein, Agitation zu treiben“. Dieses kommunistische Ziel des propagierten Linksblocks ist das traffe Gegenteil von dem Ziel, das für die Sozialdemokratie in Vergangenheit und in Zukunft für alle ihre Handlungen und Unterlassungen richtunggebend war und sein wird. Unser Ziel, unser Streben ist, die Lage der unbemittelten Klassen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung zu erleichtern und zu verbessern. Um diesem Ziele näherzukommen, haben wir uns nicht darauf eingestellt, „nur Agitation zu treiben und die Massen zu mobilisieren“, sondern wir haben im Reich, im Staat und in der Gemeinde Dutzende von Wälen das Wünschenswerte hinter dem jeweils Erreichbaren zurückgestellt und damit bewußt unser engeres parteipolitisches Interesse geschädigt. Für die Kommunisten ist bisher ausschließlich das umgekehrte Prinzip maßgebend gewesen.

Herr Dörr, der bisherige Berliner kommunistische Führer, hat vor einiger Zeit in einem kommunalpolitischen Referat erklärt, „wir haben ganz entschieden darauf zu bestehen, daß es heute unmöglich ist, im Rahmen der heutigen Gemeindepolitik große Vorteile für das Proletariat herauszuholen. Desto mehr müssen wir unsere gemeindepolitische Taktik und Forderungen in die Propaganda und Agitation einstellen. Wir wissen, daß unsere grundsätzlichen Forderungen zu Konflikten mit dem bürgerlichen Staat führen müssen. Aber diese Konflikte haben wir nicht zu vermeiden, sondern zu suchen und auszunutzen.“ Herr Koenen, der jetzige geistige Inspirator der kommunistischen Fraktion, sagt etwas vorsichtiger das gleiche. Herr Dörr ist befehligt. Die Sozialdemokratie wird auch Koenen überdeuern. Das ganze Referat enthält nichts als den alten Faden, umwickelt mit einer etwas anderen Phrasologie. Nur am Schluß konnte es interessant werden und Neues bringen. Aber da bricht Herr Koenen leider kurz ab. Nachdem die neue Weisheit verkündet ist, daß Staatsfragen politische Fragen sind, erklärt Herr Koenen:

„Wir werden nicht einem Etat mit den Deutschnationalen zustimmen, wie es die Sozialdemokraten gemacht haben. ... Wir werden die Sozialdemokraten aber stets fragen, für wen sie die Dedung verlangen? Verlangen sie sie für Böß, Karding und die deutschnationalen Stadträte, so lehnen wir sie ab. Wir folgen: Befestigung dieser Magistratsmehrheit und stellen dann die Frage: Wie kann der Etat umgestaltet werden?“

Herr Koenen weiß nur diese Fragen zu stellen. Die Antwort ist, daß diese — jetzt wieder zu befestigende — Magistratsmehrheit vor kurzem von seinen Getreuen mit Hoch und Hurra als revolutionäre Tat herbeigeführt ist und daß bezüglich der Umgestaltung des Etats, sobald er vorliegt, die kommunistischen Stadtverordneten von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Staatsausschusses die gewünschten Zustände erhalten werden.

Der Kurs, den die Berliner Sozialdemokratie im neuen Stadtparlament steuert, wird der gleiche bleiben, den wir seit 1884 eingehalten haben. Er hat uns aus den kleinsten Anfängen zur ausschlaggebenden Fraktion gemacht und in immer steigendem Maße uns das Vertrauen der arbeitenden Massen Berlins eingebracht. Im Interesse dieser Massen wünschen und hoffen wir, daß die kommunistische Fraktion in Zukunft ihre Agitationsbedürfnisse zurückstellen wird. Wir brauchen Unterstützung für das, was wir als richtig erkennen und durchführen wollen. Solche Unterstützung werden wir weit lieber von links als von rechts annehmen. Die Wähler Berlins, dieser größten Stadt der Arbeit, haben in klarer Weise am 23. Oktober ihren Willen zu erkennen gegeben. Diesem Willen muß Rechnung getragen werden. Soll das geschehen, so haben nicht wir uns zu wandeln. Der kommunistischen Fraktion Aufgabe und Pflicht ist es, unter ihr bisheriges Verhalten einen dicken Strich zu machen und ehrlich und ohne Hintergedanken den Weg von der inhaltsleeren Agitationsphrase zum verantwortungsvollen Handeln zu gehen. Ob sie diesen Weg finden wird? Das Koenensche Referat ist kein Wegweiser zu ihm.

Agitation in der Berufsschule.

Im Hinblick auf die in kaufmännischen Berufsschulen durch Lehrpersonen betriebene Propaganda für gewisse Angestelltenverbände richtet die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion an den Magistrat folgende Anfrage:

„In einigen kaufmännischen Berufsschulen ist durch Lehrpersonen eine einseitige Propaganda für Angestelltenverbände bestimmter Richtungen wiederholt betrieben worden, trotz der von der städtischen Schulverwaltung einer beschwerdeführenden Organisation gegebenen Zusicherung, solche Propaganda zu unterbinden. Ist der Magistrat bereit und in der Lage, Auskunft zu erteilen, warum nicht wirksamere Maßnahmen getroffen worden sind, um eine derartige Pro-

paganda unmöglich zu machen? Ist der Magistrat gewillt, solche Propaganda durch Lehrpersonen den Angestelltenverbänden aller Richtungen zu gestatten?“

Wie Berlin benachteiligt ist. Zur Neuregelung der Hauszinssteuer.

Der Fehlbetrag an Wohnungen in Berlin beträgt bei vorsichtiger Schätzung einhunderttausend Wohnungen. Im laufenden Jahr kann die Wohnungsfürsorgegesellschaft aus Hauszinssteuermitteln bestenfalls achttausend Wohnungen beleihen. Damit wird gerade die Hälfte des in diesem Jahre entstehenden Neubedarfs für zuziehende Haushaltungen gedeckt, ohne daß der in Berlin selber entstehende Neubedarf berücksichtigt ist. Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Wohnungsnot in Berlin noch nicht einmal zum Stillstand gekommen ist, sondern ständig fortschreitet.

Trotzdem wird noch immer eine lebhafte Agitation in der Richtung betrieben, daß aus der Hauszinssteuer den Städten verhältnismäßig „zu reichliche Mittel“ zur Verfügung ständen und daher das Aufkommen zugunsten des platten Landes wesentlich beschnitten werden müßte. Nach der Rotverordnung vom 28. März 1925, durch die die Verteilung der Hauszinssteuermittel seinerzeit neu geregelt wurde, werden schon bisher den Städten von dem Reuanteil der Hauszinssteuer lediglich $\frac{1}{3}$ belassen, während die restlichen $\frac{2}{3}$ an den staatlichen Ausgleichsfonds hauptsächlich zur Verteilung auf das platte Land und an bedürftige Gemeinden abzuführen sind. So hat Berlin von den einhundertsechzig Millionen Mark, die in diesem Jahre aus seinem Steueraufkommen für den Wohnungsbau zur Verfügung standen, nur 63,5 Millionen Mark für sich behalten können, 47,5 Millionen Mark aber an den Ausgleichsfonds abgeben müssen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Verwendung des Ausgleichsfonds, der vom Reichswahlprüfungsministerium verwaltet wird, im Vorjahr: $\frac{2}{3}$ davon sind zu den verschiedensten Zwecken, nämlich zur Kapitalbeteiligung und Gewährung von Betriebskapital für die Preussische Landespfandbriefanstalt und die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften, zur Gewährung von Arbeitsgeberhypothesen für Staatsbeamte und Lehrer und von Sonderhypothesen für die abgebauten Staatsbeamten und zur Gehaltsmachung von Flüchtlingen, und nur zu $\frac{1}{3}$, unmittelbar zur Gewährung von Hauszinssteuerhypothesen — außerhalb Berlins — verwendet worden. Bei dem Erlass der Rotverordnung haben Staatsrat und Landtag nicht mitgewirkt. Der Staatsrat hat inzwischen schon wegen der einseitigen Heraushebung des staatlichen Ausgleichsfonds im mißbilligenden Sinne Stellung genommen. In nächster Zeit wird der Landtag mit der Neuregelung der Hauszinssteuer befaßt sein. Aus diesem Anlaß hat die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. den Mitgliedern des Hauptausschusses und des Ausschusses für Wohnungs- und Heimstättenwesen des Preussischen Landtags ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1924 überreicht, aus dem sich ergibt,

wie verheerend sich gerade für Berlin der gegenwärtige Verteilungsschlüssel auswirkt. In einer Begleitende bittet die Wohnungsfürsorgegesellschaft den Landtag, die notwendigen Korrekturen an der Rotverordnung vorzunehmen, und die Berliner Bevölkerung, die zusehends immer mehr im Wohnungselend verfaßt, nicht im Stich zu lassen. Die Mittel aus der Hauszinssteuer müssen, solange die katastrophale Not in den Städten fortbesteht, in erster Linie zugunsten der Bevölkerung verwendet werden, die die Steuer aufgebracht hat. Bietet für die Bevölkerung Berlins von der bevorstehenden Entscheidung des Landtages abhängt, zeigen folgende Zahlen: Bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft werden, nachdem über die diesjährigen Mittel restlos disponiert ist, gegenwärtig bereits neue Beileihungsanträge für rund siebentausend Wohnungen bearbeitet, die — soweit die Projekte den gestellten Anforderungen entsprechen — erst mit Hauszinssteuermitteln des Etatsjahres 1926 zur Durchführung gelangen können. Die Gesellschaft hofft, daß auch im nächsten Jahr städtische Mittel für Zuschuss-hypothesen (Wohnungsbau für Unbemittelte) zur Verfügung gestellt werden. Für die entsprechende Anzahl Wohnungen — in diesem Jahre handelt es sich um 3300 — würden damit ebenfalls Hauszinssteuermittel gebunden sein. Alles in allem ergibt sich, daß für künftige Anträge die Aussicht, im nächsten Jahr Berücksichtigung zu finden, außerordentlich gering ist, wenn nicht im neuen Etatsjahr der Anteil an dem Hauszinssteueraufkommen für den Wohnungsbau in Berlin ganz wesentlich heraufgehoben wird. Andernfalls würden nicht nur die Hoffnung vieler Wohnungsuchender auf neue Häuser enttäuscht werden; vielmehr würde sich auch in allgemeiner wirtschaftlicher Beziehung die Benachteiligung Berlins stark fühlbar machen. Die Wiederbelebung des Baugewerbes, das das Schlüsselgewerbe für das gesamte andere Gewerbe darstellt, liegt im Interesse der Gesamtbevölkerung. Es besteht kein Zweifel, daß auch für ein Vielfaches der heute zur Verfügung stehenden Mittel sich genügend Anträge finden würden. Gerade auch unter allgemeineren wirtschaftlichen Gesichtspunkten erscheint die Forderung einer stärkeren Berücksichtigung Berlins bei der Verteilung des Steueraufkommens durchaus gerechtfertigt. Denn das verhältnismäßig hohe Aufkommen der Hauszinssteuer, das uns vielfach beneidet wird, stellt auf der anderen Seite eine ganz außerordentliche Vorbelastung des Berliner Gewerbes gegenüber Handel und Industrie in der Provinz dar.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ruft den Berliner Magistrat und die Berliner Vertreter im Deutschen Städtetag auf, sich zu wehren gegen die Ungerechtigkeiten des Finanzministeriums und im besonderen gegen die ungleiche Verteilung der Hauszinssteuererträge. Sie hat folgenden Antrag eingebracht:

„Unter dem Druck der von der sogenannten Wirtschaft gegen die Gemeinden betriebenen Propaganda ist bei den Beratungen über den Finanzausgleich eine starke Verschlechterung der Gemeindefinanzen erzwungen worden. Diese Verschlechterung

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.
P. K. K. K.

Roch einem arbeitsreichen Leben verschied am Montag, den 23. d. M., nachm. 5^{1/2} Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Zimmermann

August Rohnke
im 62. Lebensjahre.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Frau Marie Rohnke,
50, Rantzenfeller 71.

Die Einäscherung erfolgt am Sonnabend, den 28. d. M., nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Krematorium Baumfalkenweg.

Am 24. November 1925, vormitt. 4.00 Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser lieber, guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Karl Schabel
im Alter von 81 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Marie Schabel geb. Henning
nebst Kindern und Enkelkindern
Berlin, Johannstraße 14/15

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 28. November, vormitt. 10^{1/2} Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin

Aus einem arbeitsreichen und doch immer arbeitsfrohen Wirken entriß uns am 24. November der Tod unseren lieben Kollegen

Karl Schabel

Fast Dreißigjahrzehnte stand er mitten und im Vordortreffen der Bewegung der Gemeindearbeiter. Fast Zweijahrzehnte hat er als Angestellter nimmer müde in unseren Reihen gewirkt. Sein Andenken wird fortleben in der Geschichte der Berliner Gemeindearbeiter.

Einäscherung am Sonnabend, den 28. November, vorm. 10^{1/2} Uhr, im Krematorium Berlin N., Gerichtsstraße.

Die Ortsverwaltung.

Inserate im Vorwärts
sichern Erfolg!

1

Fachleute wissen, dass das Jahr 1923 die beste Orienttabak-Ernte brachte

Die Raucher wissen dies durch die

Cigaretten

REEMTSMA

ERNTEN 23



Nachruf!

Am 23. November verschied nach langem, schwerem Leiden unser hochverehrter Meister

Herr Oskar Lahn

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Abt. 12 der S.S.W.-Kleinbauw.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 27. November, nachm. 4^{1/2} Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

Neuer erschienen:

Abreißkalender 1926
Preis 2.— N. M.

Kinderland 1926
Preis 1.25 N. M.

Zu haben in allen Vorwärts-Editionen, in der Buchhandlung J. H. W. Dieck Nachfolger, Lindenstr. 2 und in der Vorwärts-Buchdruckerei, Lindenstraße 3. 4. Hof, 3 Treppen im Kontor.

ung wurde für Berlin durch die Ungerechtigkeiten des preussischen Finanzausgleiches erheblich gesteigert. Insbesondere bedeutet die Verteilung der aus der Hauszinssteuer fließenden Erträge eine unerträgliche Benachteiligung der Berliner Steuerzahler. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat und die Berliner Vertreter im Deutschen Städtetag auf, mit größter Energie gegen die in der Öffentlichkeit betriebene Hege gegen die Gemeinden aufzutreten und für eine gerechtere Verteilung der Steuermittel bei den in Betracht kommenden Rezierungen und Parlamenten zu wirken, damit Berlin in die Lage versetzt wird, seinen großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben gerecht zu werden."

"Unten durch".

Berliner Verkehrsfragen.

Als man einige Jahre vor dem Kriege endlich daran ging, zwischen Norden und dem Süden der Stadt bessere Verbindungswege zu schaffen, war die Erlaubnis des Kaisers nur schwer zu erlangen. Ueber die Linden halte er zu verfügen, ebenso über den Tiergarten. Hier wurde die Zusage Wilhelms durch die Schaffung des großen Sterns mit den Weltmannsbildern von der Straßenbahngesellschaft erkaufte. Die Linden wollte er sich aber einesfalls durch die "Bazillenautschen" der Straßenbahn verschaffen lassen. Er machte also die Randkassette "Unten durch". Wilhelms Entschluß hat hier einmal dazu geführt, daß die Berliner mit dem kleineren Uebel weggekommen sind. In der Tat, wenn man bei dem starken Autoverkehr unter den Linden, der sich noch ständig ausdehnt, die Bahnen über die Straße gefahren würden, wären die sich daraus ergebenden Verzögerungen ganz unerträglich.

Wir stehen jetzt vor einer ähnlichen Lage. Das Verkehrsproblem schreit nach Lösung. All die kleinen Mittelchen, die man in der letzten Zeit angewandt hat, den Verkehr zu "regeln", haben nicht einmal dazu geführt, die Zahl der Unfälle zu vermindern. Diese sind im Gegenteil in den Monaten Juli, August, September ganz erheblich gestiegen. Während im 2. Quartal 2816 Straßenunfälle zu verzeichnen waren, wurden im 3. Quartal 3034 Fälle gezählt, und 39 Tote blieben auf der Straße. Auf diesem Gebiete scheint also die Amerikanisierung mit ihrer rasenden Schnelligkeit fortzuschreiten. Die Leipziger Straße ist verstopft. An jeder Straßenkreuzung ein langer Wartehall. Vom Alexanderplatz bis Potsdamer Platz kann man in bestimmten Zeiten getrost eine Stunde Fahrzeit rechnen. Die Straßenbahnen, die auf dieser Straße laufen, haben stets mit Verspätung zu rechnen, und die Angestellten haben auf den Endstationen eine Zeit, einen Hoppen zu sich zu nehmen. An den Haltestellen warten immer große Massen von Menschen. Durch die chronischen Verspätungen kommt es dann häufig so, daß zwei oder drei Wagengänge derselben Linie hintereinander fahren, was wieder zur Folge hat, daß der erste überfüllt, der nachlaufenden Leer bleiben. Wir brauchen also einen Durchbruch von Osten nach Westen, der ja auch — wie lange schon — im Zuge der Französischen Straße geplant ist. Er soll durch die Willersgärten gehen und würde diese in zwei Hälften scheiden. Die Verkehrsbehörden wollen diese nicht opfern. Die Verhandlungen bleiben also nicht weitergehen. Da sollte man doch den Vorschlag eines Berliner Ingenieurs ernstlich in Erwägung ziehen und die Gärten unterstunnen. Oder könnte nicht auch, und zwar außerdem vom Hausvogteiplatz oder vom Spittelmarkt ab von der Untergrundbahn eine Linie durch die Französischen oder die Jägerstraße abgezweigt werden? Dann würden die Gärten in der Wilhelmstraße verschont. Jedes Stückchen Grünfläche innerhalb der Stadt sollte, wenn irgend möglich, erhalten werden. Ob die Ministergärten nicht auch wenigstens zum Teil dem Publikum geöffnet werden könnten, ob nicht wenigstens in schwächeren Streifen für Fußgängerverkehr hergegeben werden könnte, sind Fragen für sich.

Bei dieser Gelegenheit sei noch auf einen Punkt hingewiesen, der nach unserer Meinung mit zur Vermehrung der Straßenunfälle beiträgt. Es ist das die noch immer mangelhafte, vor allem aber unzureichende Beleuchtung. Es muß erkannt werden, die Stadt hat in verhältnismäßig kurzer Zeit, nach Überwindung der Inflation, die Straßenbeleuchtung wesentlich verbessert. Aber selbst wenn der Friedensstand überall wieder erreicht sein sollte, so genügt sie für den heutigen Verkehr nicht mehr. Vor allem: Die kleinen einfachen Straßenlaternen müssen verschwinden. Man gehe einmal beobachtend durch eine Straße, wo diese Funzeln stehen; zwischen je 2 Bäumen, taumeln sie. Sie beleuchten nicht den Straßenbaum, taumeln den Bürger weg. Dafür werfen sie aber die Schatten der Bäume auf den Fahrdamm und blenden einen, sofern man ihnen entgegengeht. Diese Lichter täuschen, irritieren, machen taub, den Fußgänger wie den Führer. Sie müssen Platz machen den an großen Masten angebrachten elektrischen Lampen, deren Licht von oben, nicht abwärts, auf die Straße fällt. Noch zweckentsprechender sind die großen Bogenlampen in der Mitte der Straße, wie sie in der

Beipziger Straße seit Jahren angebracht sind. Durch diese wird eine gleichmäßige Beleuchtung erzielt. Der ständig sich heftigere Verkehr mit seinen ungeheuren Geschwindigkeiten für Fußgänger und Fahrzeuge erfordert schleunigste Reform auf diesem Gebiete.

Jugendpflegearbeit im Bezirk Friedrichshain.

Der Alt-Berliner Osten, der den Bezirk Friedrichshain umfaßt, steht in bezug auf die Jugendpflege früher viel zu wünschen übrig. Es handelt sich hier um ein ausgesprochenes Proletariatsviertel, dessen Zurücksetzung aus der früheren Zusammenlegung der städtischen Körperschaften sehr wohl erklärlich ist. Nach Schaffung der Einheitsgemeinde beschränkte sich die Tätigkeit der Jugendpflege in den Jahren 1922 und 1923 zunächst vor allem darauf, die Schulspflege und die Vorkursbildung zu fördern. Im Jahre 1923 erhielten täglich 830 bis 1200 werdende und stillende Mütter sowie Kleinkinder Quäkermittag; der Schulfesttagspflege wurden in diesem Jahre täglich etwa 1800 Kinder teilhaftig, während tägliches Schulfestmahl an etwa 5700 Kinder ausgegeben wurde. Die leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage im Geschäftsjahr 1924/25 führte auch zu einer verminderten Teilnahme an den Spelungen. Besonderes Augenmerk wurde jetzt 1923 auch dem Ausbau der Erholungsplätze zugewandt. Hier ist die Verwirklichung in Vorkursstellen zugunsten der Heimverpflegung zurückgegangen, da die Heimverpflegung erfolgreicher war. Im Geschäftsjahr 1924/25 wurden verpflegt (die eingeklammerten Zahlen gelten für das Jahr 1923/24): In Vorkursstellen 1122 (1330), in Heime 960 (275), in Verpflegungsstellen 2635 (2324), ins Ausland 7 (161) und Schulfestmahl 261 (280). Die Auslandsverpflegung ist dabei besonders unter den außerordentlichen Verhältnissen, insgesamt waren im Geschäftsjahr 1924/25 4885 Kinder verpflegt gegenüber 4379 im Jahre 1923. Der geistigen Jugendpflege wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Seit zum 1923 wird eine ständige Kontrolle des Schundliteraturhandels im Bezirk durchgeführt. Die hierbei in Berichten zusammengefaßten Feststellungen dienen im Ministerium des Innern mit als Unterlage zur Ausarbeitung des Schundgesetzentwurfes. Weihnachten 1923 und 1924 fanden größere Jugendliteratur-Ausstellungen statt, die durch gute Vorträge ergänzt wurden. Die Schaffung einer Kinderbibliothek im Jugendheim Tüftler Straße von privater Seite fand die lebhafteste Unterstützung des Jugendamtes. Des weiteren wurden Vorbereitungen getroffen, um für die Jugend des Bezirks eine gute Buchverteilung, verbunden mit einer ständigen Ausgestaltung guter Literatur, zu schaffen. Von März bis Juni 1924 fand ein Jugendpflege-Kursus statt, der alle Gebiete des jugendlichen Lebens berührte. Der Zuspruch aus allen Kreisen der Jugend war gut. Eine andere Vortragsreihe wurde unter dem Titel "Jugend und Gemeinschaft" Anfang 1925 mit gutem Erfolg durchgeführt. Den Kindern wurden auch Theaterveranstaltungen geboten. Im Verlaufe von zwei Jahren fanden acht Vorstellungen der Jugendvolksbühne und des Rose-Theaters für Kinder, sowie sieben Marionetten-Vorstellungen statt. An 16 belebenden Vorträgen in der Tropen-Sternwarte nahmen im Jahre 1924/25 7200 Kinder teil. Ein Kinderfest und Weihnachtsfeier wurden im Saalbau Friedrichshain veranstaltet. Im Besitz des Jugendamtes befinden sich sechs Lichtbild- und Filmapparate, sowie an 70 Lichtbildern, die den Jugendverbänden für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden können. Um dieser ganzen bildenden Arbeit eine geeignete Grundlage zu geben, mußten für die jugendlichen Räume geschaffen werden, in denen sie sich heimlich fühlen konnten. Die leider viel zu früh verlebte Genossin Martha Demming sah als verantwortliche Dezerentin in der Schaffung guter Jugendheim ihr Lebenswerk. Heute stehen der Jugend im Verwaltungsbezirk Friedrichshain fünf prächtige Jugendheime mit zwei Jugendheimbibliotheken zur Verfügung; eingebaute Filmapparate bieten gute Handhabe für die in den Verbänden zu leistende Bildungsarbeit.

Der Sport wurde durch Ausbau des Spielplatzes im Friedrichshain gefördert. Heute vereint er allwöchentlich 12000 Sporttreibende. Ein Spielplatzwartler sorgt ständig für die gute Instandhaltung des Platzes. Das Bezirksamt konnte im letzten Jahre mehrere glänzende Sportfeste veranstalten. Zur Beratung der Wandervogeligen wurde schon 1923 eine Wanderausflugsstelle eingerichtet, die sich eines guten Rufes erfreute. Als besonderen Erfolg kann schließlich noch der Ausbau der gartenbaulichen Betätigung bezeichnet werden. Der Schulgarten an der Hochowstraße ist musterhaft. So wurde in einem der wichtigsten und ärmsten Bezirke Groß-Berlins durch die Tatkraft von Sozialisten überaus erfolgreiche Arbeit im Interesse der Jugend und des Volksganzen geleistet.

Unterstützt die Feuerweh!

Gelegentlich einer Alarmierung der Feuerweh zu einem vermeintlichen Dachstuhlbrand stellte es sich heraus, daß der Hausverwalter weder die Anzahl noch die Lage der Dachluken kannte, so daß die Feuerweh auf dem geräumigen, zahlreichen winkligen Gänge aufweisenden Dachboden fast zwei Minuten auf die Suche nach diesen Luken verwenden mußte.

Da eine solche Unkenntnis der Hausverwalter mit den Einrichtungen der ihren Leben anderweitigen Läden häufig vorkommt, so liegt es im ersten Interesse der Hausbesitzer und Mieter, ihr Augenmerk auf diesen Unbefand zu richten, und dafür zu sorgen, daß in Notfällen Feuerweh und Polizei jede erforderliche Auskunft erhalten können.

Der Friede ist das größte Gut.

Tagung der Kriegsopter.

Im Saalbau Friedrichshain fand in diesem Monat der 7. Sonntag des Jahres Berlin vom Reichsbunde der Kriegsopter, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen statt. Vertreter des Hauptverorgungsamtes, der Hauptfürsorge, der Schwerbeschädigtenvermittlungsstelle, der sozialdemokratischen — und Zentrumstraktion aus der Stadtverordnetenversammlung waren erschienen, um die Beschwerden und Forderungen der Kriegsopter zu hören.

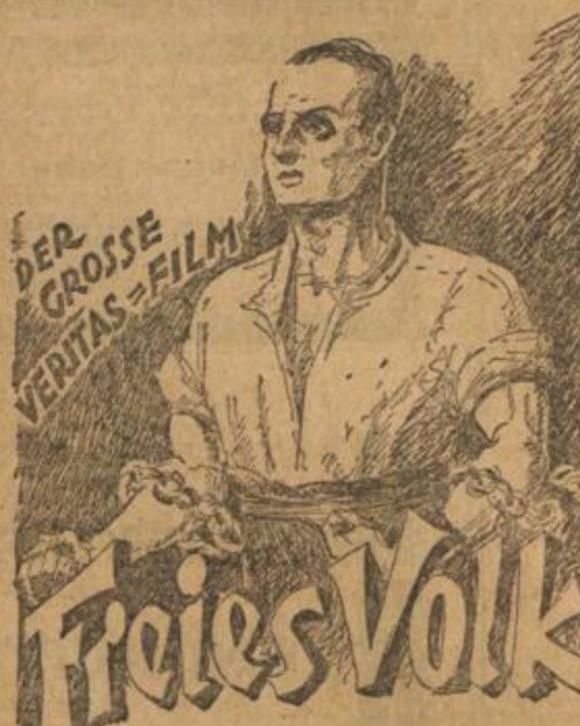
Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Referat des bekannten Schriftstellers Hellmut v. Gerlach "Die Republik und der Friede". Er wies darauf hin, daß er nicht zu den Leuten spreche, die auf der Straße herumziehen und sagen: "Siegreich wollen wir Frankreich schlagen". Wer selbst sich, wie die Kriegsopter, mit Frankreich schlagen mußte, der habe dazu die Lust verloren. In Hand der geschichtlichen Entwicklung wies er nach, daß die Monarchien nicht nur ihre Daseinsberechtigung verloren haben, sondern auch im wesentlichen die Ursache aller Kriege sind. Unserer jungen Republik gehe es nur schlecht, weil sie Konkurrenzverwalter der Monarchie werden mußte. Schuld an der Not des deutschen Volkes sei aber zweifellos der Bankrotteur und nicht der Konkurrenzverwalter. Seine Ausführungen gipfelten in den Worten: "Der Friede ist das größte Gut. Die Republik sichert den Frieden, laßt uns zusammen für Republik und Frieden arbeiten".

Zu der Verlegung der Kriegsopter wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Bundesleitung müsse erneut die Anträge über eine bessere Rentenverlegung an die Reichsregierung stellen, damit die berechtigten Wünsche der Kriegsopter die in der letzten dritten Session so häufig Anklang gefunden haben, in der nächsten Zeit zur Durchführung gelangen. Die ungerechte Abfindung der Versorgungshelme ist hierbei zu berücksichtigen. Desgleichen wird die Forderung an die Reichsregierung erhoben: Die Mittel zur sozialen Fürsorge hat das Reich zu stellen, nicht die Gemeinde oder die Länder.

Aus dem Geschäftsbericht des Gauleiters Wende ging hervor, daß der Reichsbund die größte Organisation der Kriegsopter in Berlin ist und daß sie auch im letzten Geschäftsjahr ganz erhebliche Arbeit für ihre Mitglieder geleistet hat. 761 Mitglieder wurden vor dem Versorgungsgericht, 44 vor den ordentlichen Gerichten und 23 vor dem Oberversicherungsamt vertreten. An 3288 Kriegsopter und Kriegerhinterbliebenen wurden im Bureau, das sich jetzt im eigenen Bundeshaufe, an der Straßauer Brücke 6, befindet, Auskünfte erteilt. Mit 14238 Pfundausgaben wurden Anträge und Auskünfte erledigt. Aus dem Geschäftsbericht des ehrenamtlichen Gauvorsitzenden Ebert ging hervor, daß trotz aller Schwierigkeiten auch auf agitatorischem Gebiet gute Arbeit geleistet wurde. Durch Versammlungen und Kundgebungen wurde nicht nur die Gesetzgebung beeinflusst, sondern auch viele Mitglieder gewonnen. Mit 16 Ortsgruppen innerhalb Berlins stellt heute das Gaugebilde eine leistungsfähige Organisation dar. Der Geschäftsbericht des Gauleiters Wende ergab, daß die Organisation finanziell gesichert ist. Einstimmig wurde dem Gauvorsitzenden das Vertrauen ausgesprochen.

Die Straßenbeleuchtung im Winter. Um die Sicherheit in den Vororten zu erhöhen, hat der Berliner Magistrat beschlossen, eine Verbesserung in der Straßenbeleuchtung sowohl in der Lampen- als auch in der Kerzenzahl vorzunehmen. Wenn man auch die Kosten auf ein paar Millionen Mark belaufen so glaubt man, den bisherigen Zustand der ungenügenden Beleuchtung nicht länger andauern lassen zu können, einmal in manchen Straßen eine nahezu ägyptische Finsternis herrscht, die der Verübung von Verbrechen geradezu Vorkurs leistet.

Leistungswaher der Staatsbibliothek. Die Preussische Staatsbibliothek unter den Linden hat ein Bucherhitem besonderer Art für ihre Benutzer. Für jedes Buch, bei dem die Leihzeit auch nur um einen Tag überschritten wird, muß der vergessliche Benutzer 50 Goldpfennige zahlen. Welche Summen da für Studenten und andere mittellose Benutzer bei einer Ueberziehung der Leihzeit aufzustehen, kann sich jeder denken, und es mußte schon mancher arme Schüler nach der Bucherrückgabe ohne Essen bleiben, da er all sein Geld als Strafe zahlen mußte. Ein leicht vermeintlicher Vorwand ist es, daß für die gedruckten unfrankierten Karten für eine Vormerkung 5 Goldpfennige zu zahlen sind. Gleich unerträglich und zeitraubend ist die schlechte Beleuchtung durch das stark verminderte Personal.



DER GROSSE VERITAS-FILM

Freies Volk

Der Großfilm des Proletariats

Nach dem Riesenerfolge

im Großen Schauspielhaus hat der Film „FREIES VOLK“ seinen SIEGESZUG durch ganz Deutschland angetreten.

Neukölln (27.-30. Nov. 25):
 Kukuk-Lichtspiele, Kottbusser Damm 92
 Exce'sior-Lichtspiele, Bergstraße 136-137

Berlin O (27.-30. Nov. 25):
 Konkordia-Palast, Andreasstraße 64

Berlin NO. (4.-10. Dez. 25):
 Lichtspiele am Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23

Weitere Spieltermine folgen!

Beachten Sie die Anschlagssäulen!

Sowjetrußlands Staatshaushalt.

Direkte und indirekte Steuern. — Verteilung der Ausgaben.

Das Volkswirtschaftsministerium für Finanzen hat den Voranschlag für den Staatshaushalt für das Wirtschaftsjahr 1923/26 fertiggestellt. Der Entwurf stellt zum erstenmal während der Herrschaft der Sowjetregierung eine Zusammenfassung aller Ausgaben und Einnahmen sämtlicher zur Sowjetunion gehörenden Republiken dar. Nicht eingeschlossen sind lediglich die Etats der städtischen und ländlichen Gemeinden.

Der neue Etatentwurf spiegelt nach seinem Umfang und Inhalt naturgemäß den Aufschwung der Volkswirtschaft wieder, der in Rußland auch im letzten Jahre zu verzeichnen war. Der Etat ist im letzten Jahr um 33 Proz. gestiegen und hat die enorme Höhe von 3778 Millionen Rubel (1 Rubel = 2,16 M.) erreicht.

Unter den Einnahmen im neuen Etat sind die Beträge, die aus Industrie, Handel, Forstwirtschaft und anderen nichtsteuerverpflichteten Quellen fließen, bedeutend erhöht; ebenso haben im Ausgabenetat die Posten für verschiedene Bedürfnisse des wirtschaftlichen Aufbaues beträchtlich zugenommen. Das Defizit, das im letzten Jahre 290 Millionen Rubel betrug, wird im neuen Etat lediglich auf 120 Millionen Rubel geschätzt, die durch innere Anleihen aufgebracht werden sollen.

Betrachten wir nun eingehender die einzelnen Posten des Einnahme- und Ausgabenetats.

Die direkten Steuern sind gegenüber dem Vorjahre um 78 Millionen Rubel herabgesetzt, während die indirekten Steuern um 414 Millionen Rubel erhöht worden sind. Die direkten Steuern betragen im neuen Etat bloß 33 Proz., während die indirekten Steuern 58 Proz. und die Gebühren 9 Proz. aller steuerlichen Einnahmen betragen. Berücksichtigt man, daß die zweitgrößte direkte Steuer, die Gewerbesteuer (201 Millionen Rubel), ihrem Charakter nach vollständig auf die Verbraucher abgewälzt wird und selbst von den offiziellen russischen Wirtschaftlern zu den indirekten Steuern gerechnet wird, so kommt man zu dem Schluß, daß die indirekten Steuern, d. h. die am wenigsten demokratischen Steuern, in Sowjetrußland etwa 70 Proz. aller steuerlichen Einnahmen bilden.

Die ungeheure Steigerung der indirekten Steuern ergibt sich aus einer allgemeinen Erhöhung der Verbrauchssteuern, vor allen Dingen aber aus der Steuer auf Branntwein (280 Millionen Rubel), dessen Verkauf in diesem Jahre wieder freigegeben ist.

Auch in diesem Jahre sind die Einnahmen, die der Staat aus den staatlichen Gütern und Unternehmungen erwartet (420 Millionen Rubel), kleiner als die Ausgaben, die für die Bedürfnisse der Industrie, der Landwirtschaft, der Elektrifizierung, des Wohnungsbauwesens, des Genossenschaftswesens usw. (480 Millionen Rubel) erforderlich sind. Das bedeutet, daß die Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der verstaatlichten Industrie und des zum größten Teil verstaatlichten Handels höhere Steuerlasten zahlen muß.

Außerdem hat der Staat, um den Etat notdürftig balancieren zu können, sich genötigt gesehen, der Industrie nur 30 Proz. der Unterstützung zu bewilligen, die sie lediglich für Anlage- und laufende Erneuerungsarbeiten braucht. Zu gleicher Zeit sind für den Wohnungsbau lediglich 70 Millionen Rubel bewilligt

worden, während zur Aufrechterhaltung des Wohnungsfonds selbst in den jetzigen Grenzen (11,5 Quadrat-Arschin pro Person statt des gesundheitlichen Minimums von 16 Quadrat-Arschin) eine jährliche Aufwendung von mehr als 600 Millionen Rubel erforderlich ist.

Im neuen Etat sind die Ausgaben fast in allen Ressorts erhöht worden. Aber während die militärischen Ausgaben (624 Millionen Rubel) um 70 Proz. erhöht worden sind, sind die Ausgaben für Volksbildung, Gesundheitswesen und Sozialversicherung (221 Millionen Rubel) lediglich um 37 Proz. gesteigert worden.

Am stärksten charakteristisch sind folgende Zahlen: Während die militärischen Ausgaben (Armee und Flotte) 16,5 Proz. des Ausgabenetats bilden, betragen die Ausgaben für Volksbildung im Staatsetat lediglich 4 Proz.

Hier muß freilich eingestrichelt werden, daß in den örtlichen Etats noch etwa 200 Millionen Rubel für Volksbildung verausgabt werden, und daß sämtliche Ausgaben für Kulturzwecke 10 Proz. aller Ausgaben betragen. Berücksichtigt man aber, daß in Sowjetrußland alle nicht in den Händen des Staates befindlichen Lehranstalten, Krippen, Asyle und sonstigen Kulturinstitutionen verboten sind, so ergibt sich, wie verschwindend klein die Ausgaben des Staates für Kulturzwecke im Vergleich mit denen für Militär, Polizei und sonstige Verwaltungszwecke sind.

Die Ausgaben für die staatspolitische Verwaltung (Tscheka), für die Kommunistische Partei und für die kommunistische Internationale sind im Etat nicht angeführt. Sie sind in irgendwelchem Posten des Etats verborgen, vermutlich in dem Reservefonds von 125 Millionen Rubel, der dem Rat der Volkskommissare zur Verfügung gestellt worden ist.

Die steuerliche Belastung pro Kopf der Bevölkerung wird laut dem Voranschlag die Höhe von 12,2 Rubel erreichen (die Gesamtsumme der Steuern beträgt 1695 Millionen Rubel); diese Belastung übersteigt die Vorkriegsbesteuerung, die zusammen mit der Brandweinsteuer 12 Rubel pro Kopf der Bevölkerung beträgt. Allerdings wird die Steuerlast durch die gesunkene Kaufkraft des Tschermonez fast um die Hälfte verringert (die Kaufkraft des Tschermonez betrug am 1. Oktober 1923 4,65 statt 10 Vorkriegsrubel). Aber auch das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung betrug im Jahre 1913 101 Rubel, während sie in diesem Jahre nur 50 Vorkriegsrubel, d. h. genau die Hälfte betrug. Folglich hat sich die Steuerlast proportional der Vorkriegsbelastung, genau angepaßt.

Die Einnahmen- und Ausgabenposten des Etats legen Zeugnis ab von der Besserung der Staatsfinanzen Sowjetrußlands. Der Etat ist aber noch wie vor auf der steuerlichen Belastung der wertvollen Bevölkerung und auf der Herabdrückung der kulturellen Aufwendungen aufgebaut. Wie in den vorhergehenden Jahren wird auch jetzt bei den Etatfragen die Meinung der Bevölkerung nicht eingeholt werden. Die Stimme der freien Kritik darf auch jetzt im Lande nicht erschallen. Das Geheimnis der Einnahme- und Berausgabung der Volksmittel wird in Sowjetrußland sorgfältiger bewahrt als in vielen Ländern mit bürgerlichen Regierungen. — Kommunistische Regierungsmethode!

A. Jugow.

Verbraucher das Opfer der Lockartikel und des Zugabewesens. Die „Luftballonsteuer“ hat sogar einige hiesige, sonst als solide bekannte Warenhäuser und Spezialgeschäfte infiziert.

Obwohl die Säuberung des Einzelhandels von den Inflationsgründungen weiter fortgeschritten, tauchen hier und da immer wieder neue Geschäfte auf, die nach kurzer Scheinblüte dahinsinken und schließlich zu Wohnungen umgebaut werden.

Im Bewußtsein unserer inneren Stärke und in dem unerschütterlichen Glauben an unsere sieghafte Idee werden wir auch diese üblen Begleiterscheinungen überwinden, die wirklich nicht neu sind und nur noch als letzte krampfhaftes Wiederbelebungsvorläufe gewertet werden können.

Abbau der internationalen Handelsbeschränkungen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorkriegsjährigen Reichswirtschaftsrates stimmte einmütig einem von der Reichsregierung zur Begünstigung vorgelegter Gesetzentwürfe über den Verkehr mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen (Lebensmittelgesetz) zu.

Dieser Gesetzentwurf soll an die Stelle des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 treten und die Erfahrungen, die bei der Durchführung mehr als vierzig Jahre ausgeübten Anwendung des Gesetzes von 1879 gesammelt worden sind, vermerken.

Es wurden Ergänzungen und Änderungen angenommen, so soll u. a. die Kontrollbefugnis, die sich allgemein auf die Beamten der Polizei erstreckt, beschränkt werden auf die mit der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen beauftragten Beamten der Polizei.

Nur wenn Gefahr im Verzuge ist, sollen auch die Beamten der allgemeinen Polizei zu den Kontrollen befugt sein.

Weiter wurde ein von der Reichsregierung dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss zur gutachtlichen Äußerung vorgelegter Entwurf einer internationalen Vereinbarung zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen besprochen. Dieser Entwurf ist vom Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes vorgelegt worden und gründet sich auf die in Artikel 3 des internationalen Abkommens vom 3. November 1923 zur Vereinfachung der Zollformalitäten vorgelegene Abmachung. Hiernach verpflichten sich die Vertragsstaaten, wegen der ersten Hindernisse, die dem internationalen Handel aus den Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen erwachsen, sobald als möglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, diese Verbote und Beschränkungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss beschloß, zur weiteren Behandlung der Frage einen neungliedrigen Arbeitsausschuss einzusetzen, der seine Beratungen unter Zuziehung von Sachverständigen aus den beteiligten Wirtschaftskreisen demnächst beginnen wird.

Die geplante große Städteanleihe in Amerika ist bei den ursprünglich in Aussicht genommenen Geldgebern auf Schwierigkeiten gestoßen. Die W.B. von zuverlässiger Stelle erfährt, sind die Verhandlungen, welche die Deutsche Botschaft mit der National City Bank in New York wegen Aufnahme einer Städteanleihe geführt hat, abgebrochen. Die deutsche Botschaft verhandelt nunmehr mit einer anderen namhaften amerikanischen Bankengruppe und hofft, demnächst von der Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Aufnahme einer Städteanleihe für die deutschen Städte zu erhalten. Die Verhandlungen sind bereits so weit gefordert, daß Aussicht vorhanden ist, die Anleihe in kurzer Zeit in Amerika zu placieren.

Altienaustausch zwischen der Stadt Düsseldorf und den rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken. Zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und der Stadtverwaltung Düsseldorf sind Verhandlungen über einen Altienaustausch nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Stadt Düsseldorf übernimmt von dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk für 1 Million Mark Altien der Rheinischen Bahngesellschaft und zahlt darauf ein Aufgeld von 100 000 M. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk erhält von der Stadt Düsseldorf für 1 Million Mark eigene Altien.

Immer noch Forderungen. Die Rheinischen Stahlwerke teilen mit, daß die Forderung Zentrum 2/8 am 15. Dezember fällig ist, wodurch rund 300 Arbeiter und Beamte zur Entlassung kommen. Die Gesellschaft wird zum gleichen Zeitpunkt auf der Forderung eine Forderungseinschränkung in Höhe von 300 Tonnern täglich vornehmen, wodurch die Entlassung von 300 Mann erforderlich wird. Entsprechende Anträge sind beim Demobilisierungskommissar gestellt. Auf der Forderung Altenberg derselben Gesellschaft soll die Forderung um 700 Tonnern arbeitsfähig eingeschränkt werden. Man will versuchen, die Forderungseinschränkung auf den vier Schachtanlagen ohne Inanspruchnahme des Demobilisierungskommissars zu erreichen.

Ein britischer Konfessionsstreik in Amerika. Die englische Textil- und Bekleidungsindustrie macht in der letzten Zeit ganz auffällige Anstrengungen, in den Vereinigten Staaten in erhöhtem Maße Fuß zu fassen. Erst kürzlich wurde festgestellt, daß die beiden großen amerikanischen Warenhäuserstrassen Bonomaker und Marshall Field u. Co. umfangreiche Posten englischer Konfessionswaren aufkauft und auf den Markt gebracht haben. Der „Konfessionsstreik“ erfährt nunmehr durch Kabelbericht seines New Yorker Korrespondenten von einem neuen englischen Projekt, dem ganz besondere Bedeutung zukommt, weil es eine ziemlich starke Konkurrenz für die Herrenkonfektion in New York und Rochester bedeutet. In New York, Brooklyn, Buffalo, Boston, Cleveland, Detroit, Chicago, Newhaven, Saint-Louis ist ein Filialitätenkonzern in Gründung begriffen, der ausschließlich importierte britische Herrenmäntel sowie in Amerika angefertigte Anzüge aus britischen Stoffen zu einer Durchschnittspreislage von 30 bis 60 Dollar verkaufen soll.

Von der größten Kunstseidefabrik des Kontinents. Gekennzeichnet einer Finanztransaktion der Enia Biocola, der großen italienischen Gesellschaft für die Fabrikation von Kunstseide, werden Zahlen über die Entwicklung dieses Riesenunternehmens bekannt. Die Enia Biocola wurde 1917 gegründet. Das Kapital beträgt heute 1 Milliarde Lire (etwa 200 Millionen Goldlire). In drei großen Fabriken (eine vierte ist im Bau) beschäftigt sie heute eine Belegschaft von 20 000 Mann. Die Kunstseideproduktion, die 1920 aufgenommen wurde, betrug 1920 533 353 Kilogramm. In den vier Jahren bis 1924 wurde sie auf das Sechsfache gesteigert und zwar in folgendem Verhältnis: 1921 mit 918 145 Kilogramm fast verdoppelt, 1922 mit 1 679 715 Kilogramm verdreifacht, 1923 mit 2 994 274 Kilogramm fast vierfach, 1924 mit 5 301 427 Kilogramm verzehnfacht. Der Reingewinn betrug 1923 28,1 im Jahre 1924 betrug er 60,07 Millionen Lire. Wenn dieses Wachstum auch unter dem Schutz der Inflation erfolgte, so ist es doch ungeheuer.

Beschäftigung ausländischer Ingenieure in Rußland. Die Sowjetpresse veröffentlicht längere Ausführungen über die Einstellung ausländischer Facharbeiter und Ingenieure in russischen Staatswerken und Trübs. Die Produktion z. B. des Augustall, des Chimigol, des Intertrübs, des Pedetrübs und des Donugol solle sich vom nächsten Frühjahr ab um 100 Proz. steigern. Da es aber an Ingenieuren mangelte, sei beschlossen worden, aus Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten Ingenieure und Techniker zur Arbeit heranzuziehen. Augenscheinlich stößt eine solche Maßnahme auf Widerpruch, denn die Mäntel bemühen sich umständlich, die russischen Spezialisten und die Werte von der Notwendigkeit einer bevorzugten und lokalen Behandlung der Ausländer zu überzeugen. Den fremden Ingenieuren sollen große materielle Vergünstigungen gewährt werden.

Immer weitere Ausbreitung der Krise.

Die industrielle Absatzkrise findet ihren schärfsten Ausdruck in der fortgeschrittenen Verschlechterung des deutschen Arbeitsmarktes. Über die Lage in Berlin haben wir bereits am Sonntag berichtet. Die Meldungen aus anderen Teilen des Reiches bestätigen das Bild. Danach hat sich die Arbeitsmarktlage nach den Berichten der Landesarbeitsämter in der dritten Novemberwoche weiter erheblich verschlechtert. Unter dem Druck von Witterung und Wirtschaftslage ist das Angebot an Arbeitskräften stark gestiegen, die Nachfrage fast verschwunden. In allen Berufsgruppen haben Betriebseinschränkungen und Stilllegungen Kurzarbeit und Entlassungen zur Folge gehabt. Auch in der Textilindustrie sind verheerende Anzeichen eines Rückganges an Beschäftigungsmöglichkeiten beobachtet worden. Besonders ungünstig hat sich die Arbeitsmarktlage in Berlin, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen, im Rheinland und Westfalen, in Hessen und der Pfalz entwickelt. Auch in den Bezirken mit einem an sich noch günstigen Beschäftigungsstand ist die Bewegung eine rückläufige (Pommern, Brandenburg, Württemberg) zum Teil in sehr starkem Maß (Ostpreußen, Hannover, Posen, Sachsen).

Im einzelnen wird gemeldet: Die Landwirtschaft stößt die letzten Saisonkräfte ab. Im Bergbau blieb die Aufnahmefähigkeit gering; verschlechtert hat sich vor allem wieder die Lage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau; auch anderwärts macht sich Rückgang geltend. Im Braunkohlenbergbau war der Kräftebedarf sehr gering, in der Kaliindustrie (Thüringen) gestalteten sich die Aussichten ungünstiger. Vom Erzbergbau werden weitere Entlassungen gemeldet. In der Industrie der Steine und Erden hat der Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften angehalten. Erhebliche Einschränkungen sind in der Porzellanindustrie beabsichtigt. Die Verschlechterung der Situation in der Metallindustrie hat angehalten. Einschränkungen und Entlassungen wurden aus fast allen Bezirken gemeldet. Die Arbeitsmarkterhältnisse der chemischen Industrie blieben uneinheitlich. Im Spinnstoffgewerbe berichten die meisten Bezirke noch überwiegend günstig. Verschlechtert hat sich die Lage in Brandenburg, Schleswig-Holstein und im Rheinland, uneinheitlich ist sie in Schlesien. In der Papierindustrie, wie in der Papier erzeugenden Industrie, ist der Beschäftigungsgrad mehrfach zurückgegangen. Auch die Lederindustrie zeigt weiter rückläufige Bewegung, ebenso die Gummiindustrie. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hält an. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war die Zuckerindustrie aufnahmefähig, doch ließ die Säwarendindustrie überwiegend Kräfte ab. Die Fischindustrie meldeten uneinheitlich. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe schloß sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in allen Zweigen, besonders in der Schuhindustrie, fort. Mit wenigen Ausnahmen hat sich die Lage im Brauergewerbe erheblich verschlechtert, nur für Steinbier bietet sich noch Arbeit. Im Vertriebs- und Gastgewerbe und im Lehrergewerbe ist die Lage wenig verändert.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Der erste Geschäftsbericht der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend nach der Stabilisierung der Währung gibt wieder Anhaltspunkte für die Entwicklung der Umsatztätigkeit in dieser großen Genossenschaft, nachdem vorher die Papiermarktrechnung fast alle Vergleichsmöglichkeiten über den Haufen geworfen hat. In dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Umsätze in Höhe von insgesamt 27,38 Millionen Mark erzielt, das sind 58 Proz. mehr als im Jahre 1913/14, wobei jedoch die Steigerung der Preise um mindestens 30 Proz. zu berücksichtigen ist. Der erhöhte Umsatz verteilt sich auch auf einen größeren Mit-

gliederkreis als damals. 1913/14 gab es in Berlin 86 514 in der Konsumgenossenschaft organisierte Mitglieder; am Ende des letzten Geschäftsjahres waren es 154 032, d. h. 87,36 Prozent mehr als im vergangenen Jahre. Entsprechend dem vergrößerten Mitgliederkreis ist gegenüber der Vorkriegszeit auch die Zahl der Warenverteilungsstellen vermehrt worden. Insbesondere sind inzwischen die Warenhäuser und die Fleischspezialläden ausgebaut worden. Berücksichtigt man all diese Umstände, so kann trotz sichtbaren Aufstiegs der Bewegung nach den Schädigungen der Inflation nicht verkant werden, daß die Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaft nur unzureichend ausgenutzt sind. Der Geschäftsbericht begründet diese Tatsache mit der zunehmenden Kreditgewährung des Einzelhandels an seine Käufer. „Das Abzahlungs- und Pumpwirtschaften hat wieder einen ungeheuren Umfang angenommen, sehr zum Schaden der Verbraucher. Wir lehnen diese Pumpwirtschaft grundsätzlich ab, weil sie den Verbraucher immer mehr ins Elend hinabzieht.“

Die Bilanz des Unternehmens zählt Vermögenswerte von insgesamt 10,9 Millionen Mark auf, darunter 2,48 Millionen Mark zinsbar angelegte Gelder und Kassenstände und 780 659 M. Beteiligungen an genossenschaftlichen Unternehmungen, das übrige in der Hauptsache Anlagen und Borräte. Die Geschäftsanteile der Mitglieder belaufen sich auf 718 394,12 M., die Reserven auf 1 197 853 M. Unter den aufgenommenen Geldern machen die Spareinlagen mit 6,2 Millionen Mark den Hauptbestand aus. Warenaufgaben stehen mit 1 686 172 M. zu Buch.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Betriebsergebnis von ziemlich genau 6 Millionen Mark, zu dem noch ein kleiner Betrag aus Erträgen der Grundstücke kommt. 275 057 M. werden für Abschreibungen verwendet. Die Betriebskosten erforderten 5,4 Millionen Mark und zwar 1,7 Millionen Mark an Handlungskosten, 2,96 Millionen Mark an Gehältern und Löhnen und nicht weniger als 781 584 Mark an Steuern. Nach Abzug dieser Kosten und sonstiger Lasten verbleibt ein Reinergebnis von 168 035,91 M.

Über eine Reihe von Einzelheiten der geschäftlichen Entwicklung konnten wir bereits im Anschluß an die diesjährige Generalversammlung in Nr. 547 unseres Blattes berichten. Interessant sind noch die Ausführungen, die der Vorstand der KGB. im Geschäftsbericht zur allgemeinen Entwicklung der Wirtschaftslage macht:

„Die Erschütterungen des ganzen Wirtschaftslebens durch den Währungsverfall sind immer noch nicht ausgeglichen. Die am Ende des Vorjahres noch vorhandene leichte Besserung der Konjunktur auf dem inneren Wirtschaftsmarkte schlug bald wieder in eine heftige Krise um. Erst im September machten sich Zeichen einer leichten Besserung bemerkbar.“

Ganz naturgemäß beeinflussen diese Schwankungen die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehalts- und Lohnempfänger sehr stark und müssen sich auch in der Wirtschaftsführung dieser Verbrauchergruppen auswirken. Die raffinierte Treiberei der Steuereintreibung durch die Lohnsummensteuer bedingt ein weiteres Sinken der Kaufkraft der Arbeitnehmer.“

Alle diese Erscheinungen müssen das Ergebnis einer Verbraucherorganisation ungünstig beeinflussen. Hinzukommt noch die immer schärfer auftretende Schmutzkonkurrenz, die mit den ihr eigenen Mitteln auf den Käuferkampf auszieht. Die größtmögliche Steigerung des eigenen Gewinns ist die Triebfeder aller ihrer Handlungen. Nur zu leicht wird der in seiner Kaufkraft geschwächte

Das Nachspiel.

Von Charlotte Kirsten.

Es nebelte leicht über dem See; verschwommen standen die Baumgruppen im Garten. Der Herr Generaldirektor schloß fröstelnd die großen Veranda-Jalousien und begann behaglich den heißen Tee zu schlürfen.

Die Zeitung brachte wie gewöhnlich wenig Erfreuliches — er kniff den Mund ein, brühte das Monokel tiefer in die Augenfälle. Wahrhaftig! — ein ganz gehörter Ruf nach links! Fatal, höchst fatal! — Auf jeder Spalte nur Unangenehmes — schlechter Stand der Papiere, Kollage der Agrarier, Lohnforderungen, Streiks — widerwärtige Zustände! Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen — lächerlich! Wenn einer nur arbeiten wollte, fand er schon etwas. Tragödie der Wohnungsnot — er warf die Zeitung fort.

Gottlob, die Wohnungsmisere faßt ihn nicht an; er hatte sein nettes Quatier hier draußen in Wannsee und die komfortable Winterwohnung am Kurfürstendamm, damit ließ sich leidlich leben. Es war wohl überhaupt Zeit, daß er wieder in die Stadt übersiedelte. Ellen rief beinahe jeden Tag an, wann er denn endlich käme, es wäre ihr so einsam in der großen Wohnung. Na, er würde morgen hier Schluss machen — die kleine Frau süßte sich anscheinend vernachlässigt — und von der Reise her war er ja eigentlich etwas in ihrer Schuld — obgleich — sie wird in Gastein auch schon ein bißchen gesüßelt haben — also, nur keine kleinbürgerlichen Anwandlungen.

Er redete sich wohl, blätterte gähmend in einer Sportzeitschrift — eine zarte Federzeichnung fiel ihm daraus entgegen. Gut, daß sie ihm die Hände kam — die mußte verschwinden. Ellen konnte manchmal komisch sein — schließlich bekam diese belanglose Gasse noch irgendein unangenehmes Nachspiel. Eigentlich ein recht nettes Motiv, diese windzerkaufte Birke, ganz dünn und zerbrechlich neben dem massigen Hünengrab; eine ganze Portion Können steckte unzweifelhaft in der Sache — schade, daß sie ihre Zeit mit Musterzeichnen vertrieben mußte. Nur peinlich die Widmung da in der Ecke: „Die Birke allein hätte drum gewußt!“ Wozu das nun — das hätte sie sich wirklich sparen können.

Sie wurde ihm jetzt überhaupt rechtlich lästig — diese ewige Schreiberlei — bereits zwei Briefe in den acht Tagen seit er obgereift war. Zu dumm, daß sie damals seine Bannseer Adresse zufällig herausbekommen hatte! Was wollte sie denn noch? Solche kleine Babebefanntschaft — na ja, es war ja vielleicht ein bißchen weit gegangen — aber immerhin — so etwas ist doch mit dem Abreisezeitpunkt erledigt. Sie hatte sich ja entschieden mehr engagiert — verklebte, kleine Kröte — und immer dieses gekränkte, vormurrsvolle Gesicht, wenn er ihre oft recht unbequemen, lästigen-ernsten Fragen mit irgendeiner kleinen frivolen Redensart abzutun versuchte. Er hätte ihr vielleicht doch lieber sagen sollen, daß er verheiratet sei, er wäre sie dann schneller los geworden. — Freilich — wenn er ihr damals reinen Wein eingeschenkt hätte — ganz so weit wäre es dann wohl nicht gekommen — es war so schon nicht ganz leicht gewesen.

Uebrigens — er griff wieder nach der Zeitung — richtig, morgen war der 15. — da sollte er ja an sie denken — ihr Urlaub war dann zu Ende, und sie mußte wieder hinein in die Treitmühle. Wie resigniert sie das damals gesagt hatte. Angenehm mußte es ja auch nicht gerade sein, in einem Zimmer nach dem Hof hinaus, wo den ganzen Tag über das Licht brannte und im Nebenraum die Maschinen stampften, Muster nachzuziehen. Wie das ein Mensch aushalten konnte, immer diese verbrauchte Luft einzatmen, die Augen antreiben, fortwährend gebückt sitzen, totmüde, unbefähigte Ueberstunden machen — und das Jahr aus, Jahr ein, und das Gehalt auch nicht gerade erstklassig. Er schüttelte sich, steckte sich eine Zigarette an. Aber schließlich — sie bekam doch volle 14 Tage Urlaub im Jahr, da konnte sie sich genügend erholen. So schlimm war es also schon nicht. Auch sind ja solche Leute unergleichlich robuster.

Verzerrt stand er auf, nahm die Hundepetische vom Tisch, ließ sie ein paar mal klaffend durch die Luft sausen. — machte sich zum Ausgehen fertig und piff der Dogge.

Es war recht einsam im herblichen Wald, das Sonntagspublikum kam jetzt erst nachmittags hier heraus. Matt spiegelte das Wasser in der Sonne, es roch feucht und moorig vom See her — der Hund schnoberte im raschenden weissen Laub.

Aus der entgegengesetzten Richtung kam jemand rasch den Weg zum See herab. Er kniff die Augen ein — Donnerweiter war das nicht — —? das hatte noch gerade gefehlt! — Zum Ausweichen war es schon zu spät — vielleicht war es auch besser so — man kam dann endlich einmal mit dieser verfluchten Geschichte zu Ende.

Er tippte grüßend an den Hut. „Schon von der Reise zurück? Ich glaube, Sie würden erst heute abfahren?“

Sie ließ die Hand sinken, die sie ihm entgegengestreckt hatte. — „Seit wann sagst Du denn „Sie“ zu mir, Otto?“

„Aber, mein liebes Fräulein, Sie müssen doch selbst einsehen, daß wir uns nicht bis in alle Ewigkeit duzen können. Das tut man allenfalls während der netten Sommerwochen am Badestrand, aber wenn man dann wieder in die alte Umgebung zurückkommt, ist man doch wieder der brave Philister, der sich an solch kleines Intermezzo nicht mehr erinnern darf.“

„Reines Intermezzo!“ — sie brachte es mühsam hervor, ihre blauen Augen starrten ihn leer in ungläubigem Nichtverstehen an.

„Wer ja, mein Fräulein, das müssen Sie doch eigentlich begreifen. Ich glaube, ich habe Ihnen auch keine Veranlassung gegeben, unsere kleine harmlose Babebefanntschaft für irgendetwas anderes zu halten. Man ist sich eben ein wenig gut gewesen, da wäre es doch wirklich schade, wenn man sich die Erinnerung daran durch nachträgliche — wie soll ich sagen — unvornehme Aufdringlichkeit trüben wollte, nicht wahr?“

Sie fuhr zurück, bließ bis in die Lippen.

„Ich bin hierher gekommen, weil ich dachte — es — würde Sie freuen — ich glaube, Sie wären traurig, da ich auf meine Briefe keine Antwort bekam — ich ängstigte mich — und nun — —“ Sie biß die Zähne zusammen, drängte würdevoll die Tränen zurück. „Was habe ich Ihnen denn um Gottes Willen getan, daß Sie jetzt so — so zu mir sprechen — haben Sie mich denn nicht mehr lieb?“

Er sah an ihr vorbei, drehte die Hundepetische verlegen zwischen den Fingern hin und her:

„Mein Kind, nur nicht so große Worte von Liebe und dergleichen. Glauben Sie mir, es ist wirklich besser, wenn wir uns nicht mehr begegnen, Sie könnten eventuell in eine peinliche Situation kommen, wenn meine Frau davon erfähre — —“

Sie drückte beide Hände vor den Mund, um nicht aufzuschreien, rang nach Atem — — „Sie sind verheiratet?! — — Sie — — Sie Schuft!“

Auf einmal umklammerte ihre Hand die Peitsche — ein dumpfer, klaffender Schlag — brennend sprang ein Strahlen quer über sein arrigantes Gesicht — und noch einer — — noch einer. Er schrie wütend auf — das Monokel flog in den Sand — die Peitsche daneben.

Ohne sich nach ihm umzusehen, hastete sie den Weg zurück — totblau, an allen Gliedern zitternd, ein harter feindlicher Zug stand um ihren Mund. Sie kam über eine kleine Brücke — bogen sich über das Gefänder — sah die gelben Blätter im stillen Wasser schwimmen — da — jetzt hinunter — seinetwegen — — sie lachte schrill und gequält auf — dazu war ihr Leben doch zu wertvoll — — Gesindel!

Der Unglückswurm.



Hans Luther, Hans Luther, wie ist's dir ergangen:
Den Urdwurm der Teuerung, du wolltest ihn fangen!
„Ich sah' die Karotte, dann kent' ich die Preise.“
Wie tönte so lieblich dem Volke die Weise.
Hans Luther, die fehlen die richtigen Waffen.
Mit deinen Kollegen war's nimmer zu schaffen!
Kam denkst, du hast'en, jetzt ist er geschlagen:
Er huppt aus dem Kasten und hat — uns am Kragen!

Goethe und die Politik.

Von Prof. Dr. Karl Vorländer.

Im Gegensatz zu Schiller ist Goethe, obwohl gerade er allein von unseren vier Klassikern Jahrzehnte hindurch, offiziell oder inoffiziell, höhere Staatsämter bekleidet hat, seinem eigenen Wesen nach unpolitisch. Zwar war er nicht ohne tieferes soziales Empfinden. Das zeigen nicht bloß Verse wie „Wer nie sein Brot mit Tränen aß“ und „Vom Rechte, das mit uns geboren, von dem ist leider nie die Frage“, sondern auch ein so lebendiger Ausdruck desselben, wie die noch wenig bekannte Aeußerung in einem Briefe an Frau von Stein aus dem März 1779: wo er klagt, daß er mit der Arbeit an seinem Humanitätsdrama, der Iphigenie, nicht recht vorwärts komme, weil ihn dabei beständig die Gedanken an — die hungernden Weiber von Apolda störten. Aber ihm fehlt eigentlich doch das politische Temperament. Politische Forderungen und Forderungen wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder auch Patriotismus und Befreiungskampf besitzen für ihn, den in der Hauptfache bloß Betrachter, keine Schlagkraft (Gundolf). Selbst seine historischen Dramen Otho und Egmont enthalten zwar vielerlei politischen Stoff, tragen aber im letzten Grunde doch unpolitisches Gepräge. Auch in der Geschichte ist ihm das Individuelle und Biographische wichtiger und interessanter als das Politische, das er gelegentlich von einem bei ihm sonst nicht häufig hervortretenden ethischen Gesichtspunkt aus als einen bloßen „Mißgeschick von Irrtum und Gewalt“ bezeichnet.

Den schlagendsten Beweis aber für diesen Mangel an eigentlich politischem Sinn, trotz seines oft zutage tretenden Interesses für soziale Wohlfahrts-Bildungsbestrebungen und dergleichen, bildet die auffällige Tatsache, daß die größten politischen Ereignisse seiner Zeit: die französische Revolution, die Anechtung Europas durch Napoleon und die Wiederbefreiung von diesem Joch, ihn verhältnismäßig kalt gelassen haben. Denn sein vielverwöhntes Wort, daß mit dem Tage von Balmig eine neue Epoche der Weltgeschichte anhebe, oder die blasse Anerkennung im letzten Gesang von Hermann und Dorothea können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein so weltbewegendes Ereignis wie die Revolution ihn doch nur zu so wenig seiner würdigen dichterischen Erzeugnissen wie „Die Aufgeregten“, „Großophtha“ und „Bürgergeneral“ veranlaßt hat, während Männer wie Kant, Schiller, Klopstock und doch auch der ihm in der historischen Anschauung sonst wesensverwandtere Herder innerlich mächtig dadurch gepackt wurden. Im Grunde war Goethe in politischen Dingen eben eine wesentlich konservative, auf das Erhalten des Bestehenden unter langsame Fortbildung zum Neuen gerichtete Natur. Unordnung erscheint ihm weniger erträglich als selbst Ungerechtigkeit. Darum erschien ihm die große Umwälzung in Frankreich, ebenso wie die deutsche Reformation des sechzehnten Jahrhunderts, wesentlich von dem Gesichtspunkt, daß sie „ruhige Bildung zurückgedrängt“ hätten.

*) Diese interessante Untersuchung stammt aus dem kürzlich erschienenen Buche „Von Machiavelli bis Lenin“, das eine allgemeinerständliche, wissenschaftlich begründete Darstellung der neueren Staats- und Gesellschaftstheorien gibt. Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig. In Leinenband 10,— Mf.

Daß er trotz oder besser infolge seines echten Deutschtums die weltbürgerliche, über nationale Beschränkheiten erhabene Gesinnung mit Lessing, Schiller und Herder teilt, brauchen wir gerade bei ihm nicht weiter auszuführen.

Wertwürdig ist, daß sein leichtes Lebensjahrzehnt den sonst sich so gern an das Bestehende Anschließenden und auf die unmittelbare Wirklichkeit gerichteten aufsteigend in die Nähe der kommenden revolutionärsten Bewegung des Jahrhunderts, des Sozialismus, gebracht hat. Wir denken dabei natürlich an die sogenannte „pädagogische Provinz“ in Wilhelm Meisters Wanderjahren, die er erst im achtzigsten Lebensjahre vollendet hat. Von revolutionärer Gesinnung kann dabei allerdings nicht im geringsten die Rede sein. Auch vom Zusammenhang mit wirtschaftlichen Grundlagen und verschiedenen sozialen Klassenschichten hören wir nichts, wenn auch das Voraussehen eines bevorstehenden wesentlich technischen und wertvollen Zeitalters von dem Scharfblick des Greises zeigt.

Mag er nun durch eine natürliche Gegenrichtung wider die in fast völligem Individualismus oder im mittelalterlichen Romantizismus sich ergebende Zeit dazu veranlaßt worden sein oder durch den gleichzeitigen Saint-Simonismus in Frankreich allerlei Anregungen empfangen haben; es ist eine von oben, im Sinne eines modern gesinnten, aufklärten Absolutismus (dem Goethe überhaupt nahe steht), eingerichtete und geleitete Utopie. Die Weltung haben, ähnlich wie in Platons und Moses Gemeinwesen, weltbildende, über Sonderwünsche und Interessen erhabene, das Ganze der sozialen Zusammenhänge überschauende Kreise in der Hand. Alles, auch die ganze äußere Umgebung des „Bundes“: Wohnung, Kleidung, Gerät, ja sogar Landschaft wird von oben herab bestimmt. Nur über Religion und Sittlichkeit und Polizei wird einiges bemerkt.

Die Hauptfache aber ist die Erziehung. Sie findet, wie auch bei anderen Utopisten, in großen Anstaltsgebäuden für alle gemeinschaftlich statt, damit die Zöglinge von Anfang an „selbstische Verengung vermeiden“. Ganz moderne, erst in unserer Zeit allmählich zur Verwirklichung kommenden Jünger sind, daß der gesamte Unterricht auf Anschauung gegründet, auch die Sprachen lebendig-praktisch gelehrt, alles tote Wortwissen verworfen, auch körperliche Ausbildung und technische Arbeit hoch bewertet wird. Jeder soll sich in einem Fache, am besten einem Handwerk ausbilden, das geübtere Bildung als „Halbheit im Hundertstägigen“. Später wird ihm dann die passende Stelle im Gemeinwesen zugeteilt. Nur auf das, was jemand leistet, kommt es an; alle Standesunterschiede fallen weg. Billigkeit und Raune werden, auch schon in der Erziehung, nicht geduldet. Von wirtschaftlicher „Sozialisierung“ ist nicht die Rede, dagegen soll die „pädagogische Provinz“ sich mit der Zeit zu einem Weltbund erweitern. Aber als der Weltgedanke dieses Weltbundes wird doch lediglich Gemeinnützigkeit bezeichnet: Trachte ein jeder überall sich und anderen zu nützen (wie beim gleichzeitigen englischen Utilitarismus!).

Wie man sieht, manche wertvolle Gedanken im einzelnen. Das Ganze jedoch wirkt, noch dazu in der steifen, breiten und abstrakten Goethischen Alterssprache ausgeführt, recht schemenhaft und unlebendig, daher auf die Dauer — langweilig. Stammt der Text nicht von Goethe, würde man ihn bald beiseite legen, ja auch so wird es mancher Leser tun. An eine praktische Wirkung hat der Dichter wohl selbst nicht gedacht: er läßt zum Schluß seine Idealgesellschaft, des nicht zu überwindenden Schlandrians der Alten Welt müde, zur weiteren Fortsetzung ihre sozialpädagogischen Arbeit nach Amerika auswandern. Uebrigens zeigt auch schon der Rebenitel „Die Entlassenden“ (I) die resignierte und unfrische Stimmung des Entwurfs. Sollten wir das sozialistische Ideal mit Goethe in inneren Zusammenhang bringen, so würden wir dazu statt dieses schemenhaften Produktes ein anderes, edleres Erzeugnis des Goethischen Alters wählen, nämlich die wundervollen Verse des sterbenden Faust:

„Eröffn' ich Räume vielen Millionen,
Nicht sicher zwar, doch tätig frei zu wohnen.
Solch ein Gewimmel möcht' ich sein,
Auf freiem Grund mit freiem Volke wehn.“

Ein neuer Erdteil!

Ueber den Sensationsmeldungen des letzten Sommers aus dem Golf von Biscaya und anderen Phantasierien über „Atlantis“ ist das Interesse für eine geographische Entdeckung vernachlässigt worden, die schon seit Jahren die amerikanischen Geologen und Tiefseeforscher aufs äußerste in Spannung hält. Seit Jahren werden im Gebiete der Hawaii-Inseln und ihrer näheren Umgebung systematische Meerestiefenmessungen vorgenommen, bei denen sich herausstellte, daß die gemessenen Tiefen unerklärlichen Veränderungen unterliegen. Die Berichte der Vermessungskommission sprechen für sich selbst. Es handelt sich bei den im folgenden aufgeführten Zahlen ausschließlich um die Inselgruppe des hawaiischen Archipels und zwar von der Insel Hawaii bis Midway-Insel. Es wurden gemessen zwischen der Kauai-Insel und der Nihoa-Insel 2429 Faden Tiefe, bei der Komrolmessung 2357 Faden, bei der jüngsten Messung dagegen nur noch 24. Zwischen Nihoa und Redarinsel lauten die entsprechenden Zahlen 941, 550 und 20 Faden, zwischen Redarinsel und den französischen Fregatten-Sandbänken 1950, 1075 und 57 Faden.

Insgesamt erstrecken sich die neu aufgetretenen Untiefen und Sandbänke vom 160. Grad westlicher Länge bis zum 178. Grad westlicher Länge und vom 22. bis 28. Grad nördlicher Breite. Die seismographischen Beobachtungen und Messungen haben ergeben, daß es sich hierbei nicht um lokale oder vereinzelte Erhebungen, sondern um ein zusammenhängendes Ganzes handelt. Die Bildung dieses neuen Kontinents ist bereits seit Jahrzehnten im Gange. Seit 1883, dem Jahre der Krotakatastrophe in der Sundastraße, hat die Schnelligkeit des Wachstums dieser geographischen Neubildung erheblich zugenommen. Man glaubt auch, daß die Erdbeben von San Francisco im Jahre 1903 und von Japan 1923 in urfälllichem Zusammenhang mit den angezeigten Veränderungen stehen.

Die Tatsache, daß diese außerordentlich wichtigen Zusammenhänge und Entdeckungen erst jetzt in vollem Umfange bekannt werden, ist darauf zurückzuführen, daß es erst in den letzten Jahren gelungen ist, seismographische Apparate zu bauen, die nicht nur aktuelle Katastrophen, sondern auch die stetigen und gleichmäßigen Bewegungen der Erdkrinde aufzeichnen. Eine außerordentlich interessante Situation würde sich aus dem effektiven Zuständen dieses neuen Gebietes ergeben, womit nach Ueberzeugung der amerikanischen Geologen schon im Laufe dieses Jahrhunderts zu rechnen ist. Damit würde ein neues politisches Streitobjekt im Pazifik geschaffen werden, ungefähr von 1/2 der Größe Japans mit Siedlungsmöglichkeiten für mehr als zwanzig Millionen Menschen.

Eine schöne Erkenntnis. Ein Oberkonsistorialrat hatte einem Laubstummeln in christlicher Religion Unterricht gegeben und der Schluß seiner Erzählungen davon war immer: „Der junge Mensch hatte eine schöne Erkenntnis.“

Erst erzählte er: „Da ich ihm, wegen seiner Taubheit, nichts durch Worte verständlich machen konnte, so wählte ich dazu eine bildliche Darstellung. Auf eine große schwarze Tafel zeichnete ich ihm die Lehren des Christentums; dadurch erhielt er eine schöne Erkenntnis. Erst aber erging es mir ganz sonderbar mit ihm. Ich hatte ihm nach und nach die zehn Gebote und deren Uebersetzung auf die Tafel gezeichnet, indem ich ihn, in der Halle unter Plümmen, zwischen zwei Tischen, die ihn gefesselten, darstellte. Er hatte diese Abbildungen lange und mit vielem Ernst betrachtet, endlich aber schien er in Zorn zu geraten. Er sprang ganz unerwartet auf mich zu, riß mir Schwamm und Kreide aus der Hand, wuschte sich auf der Tafel aus und malte mich an seine Stelle.“

Ja, er hatte eine schöne Erkenntnis! (Anekdotesammlung 1817.)

